

Volksrecht

für Schlesien • Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstr. 4/6, durch die Buchhandlung der „Volksrecht“, Neue Graupenstr. 5, Matthiasstr. 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.32 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn = 0.43 Rmt., monatlich 3.55 Rmt. + 33 Pf. Trägerlohn = 1.90 Rmt. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Rmt.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 27 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereine-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstr. 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle Nr. 217 37 und 217 39, Redaktion Nr. 217 36. Postfachkonto: Breslau 58 52, Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückergeben, wenn Rückporto beiliegt

Einzelnummer 10 Pf.

13. Jahrgang

Mittwoch, den 27. Januar 1932

Nr. 22

Das Unrecht der Bürgersteuer

Die Bürgersteuer enthält noch immer unglaubliche Härten
Wesentliche Milderungsanträge der Sozialdemokratie
Verhandlungen darüber im Reichsfinanzministerium

Die Erhebung der Bürgersteuer führt zu Härten, die sich immer mehr als unerträglich herausstellen. Die Bürgersteuer ist in diesem Jahre etwas ganz anderes als im Vorjahre. Diesmal werden nicht nur 6 Mark für den einzigen und 9 Mark für den Verheirateten erhoben, sondern fast allen Gemeinden ist das Drei- und Vierfache dieser Höhe zu zahlen, obwohl Löhne und Gehälter seit dem Vorjahre um 20 bis 25 Prozent gesunken sind.

Die Sozialdemokratie hat diese Gefahren seit Monaten vorausgesehen und hat bereits vor mehr als einem Vierteljahr Milderungsmaßnahmen von der Reichsregierung gefordert. Aber trotz wiederholter schriftlicher und mündlicher Vorstellungen hat das Reichsfinanzministerium nichts Durchsetzendes getan, um die schlimmsten Härten aus der Welt zu lassen. Es konnte nur erreicht werden, daß eine allgemeine Steigerungsrate von 500 Mark eingeführt wurde und die Zahlungsstermine bis zum Juli verlängert wurden. Jetzt ist sich immer deutlicher, daß beide Zugeständnisse völlig unzureichend sind.

Besonders groß ist das Steuerunrecht der Bürgersteuer bei den Kurzarbeitern. Nach der Statistik des Reichsstatistischen Bundesamtes verdienen die Kurzarbeiter nur 10 Prozent seiner Mitglieder Kurzarbeiter. Bei den niedrigen Löhnen und der starken Einschränkung der Arbeitszeit gibt es gar keine Milderung der Steuer. Die Kurzarbeiter verdienen weniger, als die Höhe der Arbeitslosenunterstützung betragen. Während aber die Arbeitslosen von der Bürgersteuer befreit sind, müssen die Kurzarbeiter im allgemeinen die volle Steuer mit den hohen Gemeindezuschlägen zahlen.

Hier muß in erster Linie Abhilfe geschaffen werden. Aber es wird nicht so gehen, daß man die Kurzarbeiter ebenso wie die Arbeitslosen von der Bürgersteuer freistellt. Dadurch würden wieder andere Arbeitnehmer in die Steuerpflicht hineingezogen. Es gibt in den Berufen mit besonders niedrigen Löhnen, wie z. B. bei den Textilarbeitern, sehr viele Arbeiter und Arbeiterinnen, die trotz voller Arbeitszeit nicht mehr oder nur noch weniger verdienen, als mancher Kurzarbeiter in den besser bezahlten Berufen. Würde man nur die Kurzarbeiter von

der Bürgersteuer befreien, so wäre das ein neues Unrecht gegen diese gering entlohnerten Arbeiterschichten.

Die Wurzel der Ungerechtigkeiten liegt in der Tatsache, daß der Bürgersteuer, die jetzt erhoben wird, noch das Einkommen des Jahres 1930 zu Grunde liegt.

Wer also im Jahre 1930 noch mehr verdient hat, als das Existenzminimum ausmacht, muß jetzt die volle Bürgersteuer zahlen, auch wenn heute durch Lohnsenkung oder Kurzarbeit sein Einkommen weit unter das Existenzminimum gesunken ist. Nur wenn sein Jahreseinkommen weniger als 500 Mark beträgt, wird von diesem Grundjahre eine Ausnahme gemacht. Wer in der Zeit der Bürgersteuerzahlung nicht mehr als 10 Mark wöchentlich oder 42 Mark monatlich verdient, wird von der Bürgersteuer befreit. Die 500-Mark-Grenze wird also nicht auf das Jahr 1930, sondern auf die Gegenwart angewendet.

So müßte auch bei den Kurzarbeitern und den sonstigen gering entlohnerten Arbeiterschichten verfahren werden. In der Bürgersteuerverordnung heißt es, daß die Personen, die Lohnsenkungen erfahren, wenn ihr Einkommen geringer ist als der Freibetrag, nur den halben Betrag der Steuer zu zahlen brauchen. Aber wie kann man das bei der Bürgersteuer des Jahres 1930 zu Grunde zu legen, muß auch hier genau wie bei der 500-Mark-Grenze von den gegenwärtigen Verhältnissen ausgegangen werden. Jeder Lohnsenkende soll auch nur die halbe Bürgersteuer zahlen.

Von diesem Grundgedanken gehen neue Vorschläge aus, die die Sozialdemokratie zur Beseitigung der Härten bei der Bürgersteuer gemacht hat. Bereits in der vorigen Woche haben darüber im Reichsfinanzministerium Verhandlungen mit sämtlichen gewerkschaftlichen Spitzenverbänden stattgefunden, an denen auch die Abgeordneten Dr. Herg (Sop.) und Erzling (Ztr.) teilnahmen. Die Verhandlungen haben zunächst ergeben, daß keine unüberwindlichen technischen Schwierigkeiten bestehen, um die entsprechenden Milderungsvorschläge sofort in Kraft zu setzen. Sie sind noch nicht abgeschlossen und müssen mit größter Beschleunigung zu Ende geführt werden.

einigen Staaten zum Schaden und andere begünstigt. Der geistige Charakter des Rechts Frankreichs auf die Reparationen ist von der ganzen Welt anerkannt und kann nicht wieder in Frage gestellt werden. Frankreich darf seinen früheren Alliierten und Alliierten nicht mehr zahlen, als es selbst von Deutschland erhält.

Paris, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

In einem Ministerrat, der am Dienstag vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik tagte, erstattete Ministerpräsident Laval Bericht über den Stand der schwebenden internationalen Verhandlungen. Auf Vorschlag des Kriegsministers Laval wurden zu beauftragten Delegierten Frankreichs auf der Abrüstungskonferenz der Weiter der Konferenzabteilung im Außenministerium Massigli und der Kabinetschef Lathuys ernannt, die sämtlich in gleicher Eigenschaft an der Konferenz teilnehmen werden.

Nach dem Ministerrat hatte Laval im Außenministerium eine lange Unterredung mit Franchin über das Reparationsproblem.

Die Mobilisten gegen die sogenannte Reform

Die radikale Kammeropposition hat am Dienstag beschlossen, der Kammer eine Entschließung zu unterbreiten, in der die Forderung der Abschaffung der Reformen steht, die die Arbeiterbewegung in der Kammer zur Debatte kommt, an die Kammer zu verlegen. Der Vorschlag verläßt gegen die Forderung der allgemeinen Reformen.

Die Reformen gegen den Nationalismus

Einige der Radikalen haben vorgeschlagen, die Schulen und die Universitäten zu unterbreiten, in der die Forderung der Abschaffung der Reformen steht, die die Arbeiterbewegung in der Kammer zur Debatte kommt, an die Kammer zu verlegen. Der Vorschlag verläßt gegen die Forderung der allgemeinen Reformen.

Die Reformen gegen den Nationalismus

Einige der Radikalen haben vorgeschlagen, die Schulen und die Universitäten zu unterbreiten, in der die Forderung der Abschaffung der Reformen steht, die die Arbeiterbewegung in der Kammer zur Debatte kommt, an die Kammer zu verlegen. Der Vorschlag verläßt gegen die Forderung der allgemeinen Reformen.

Auch eine Antwort

Seit dem Austausch von Staatschriften zwischen dem Reichkanzler und dem Chef des nationalsozialistischen Bandenunternehmens Hitler hat sich in dem Organ der Nationalsozialistischen Partei eine bemerkenswerte Veränderung der Sprache gezeigt. Man gebärdet sich so, als ob die Macht in Deutschland, die Beherrschung der Reichsverwaltung, der Polizei und Justiz und der Oberbefehl über die Reichswehr sich bereits in nationalsozialistischen Händen befindet.

In diesem Geiste hat das Münchener Naziblatt in seiner neuesten Nummer einen Angriff auf die preussische Staatsregierung unternommen, der so ziemlich alles in den Schatten stellt, was es sich auf diesem Gebiete bisher geleistet hat. Das Münchener Blatt, für das Herr Hitler die politische und der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Rosenberg die juristische Verantwortung trägt, stellt an die Reichsregierung, genauer gesprochen an Herrn Groener, die Forderung, „die Nordzentrale Preußen und ihre Helfershelfer von reichswegen zu exekutieren.“ Mit dieser Nordzentrale ist, wie aus der ganzen ersten Seite des Blattes hervorgeht, die preussische Staatsregierung gemeint und da auf dieser Seite zugleich wieder einmal in Gestalt einer Todesanzeige in das Feuer des Bürgerkrieges geblasen wird, ist der Sinn des beschimpfenden und verleumderischen Ausdrucks gegen die preussische Staatsregierung ohne weiteres klar.

Wir sind es schon lange gewohnt, daß die Bürgerkriegsparteien, Nationalisten und Kommunisten, die Schuld als Mittel der Schwächung mit welcher Virtuosität ausüben und daß eine jede der Parteien, die Stellung auf sich geladen hat, die Schuld der anderen zuzuschreiben sich bemüht. Die Schuld von hüben und drüben verfrachtet sich ineinander — wer will bei einer durch Generationen sich hinziehenden albanischen Blutrache noch feststellen, wo die Schuld, wo der erste und eigentliche Ausgangspunkt liegt? Aber Kommunisten und Nationalsozialisten — jede der beiden Parteien erklärt sich für völlig unschuldig und den anderen für allein schuldig. Jede der beiden Parteien nimmt das Recht der Notwehr für sich in Anspruch und erklärt sich als die verfolgte Unschuld.

Die Kommunisten haben dabei schon seit langem die Taktik verfolgt, nicht nur die Nationalsozialisten, sondern dazu auch die preussische Staatsregierung und die Sozialdemokratie als alleinige Schuldige zu erklären an dem, was sich in den Straßen der deutschen Städte abspielt. Daher der Name Sozialfaschisten. Diese Methode kopiert nun getreulich die Nationalsozialistische Partei. Sie hat sie übernommen und schiebt sie in den Vordergrund, seitdem die Eisene Front ihren Aufmarsch begonnen hat und die Abwehrkräfte gegen das verbrecherische Treiben des Faschismus weilt. Es ist nicht die Nationalsozialistische Partei allein, die diese heuchlerische Taktik verfolgt! Die Hatzburger Front und ihre Organe suchen sich zu übertreffen in dem Geheiß: Die Eisene Front will den Bürgerkrieg, die Eisene Front ist ungeheuerlich, die Eisene Front ist eine Provokation! Natürlich, wer sich nicht von einer Straßenräuber freiwilbig den Hals abschneiden läßt, ist ein Provokateur, ist schuldig daran, daß ein Mordhandel entsteht. Er führt den inneren Krieg, denn es wäre seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit gewesen, Hilfe zu leisten!

Dieser Schrei gegen die Eisene Front hat seine Vorgänger. Es ist nicht zum ersten Male, daß die Kräfte, die in der Hatzburger Front verflämmt sind, mit verbrecherischen Staatsfeindschaften spielen, und die strategische Idee dieser Pläne ist immer die gleiche geblieben: sie wollten die Arbeiterbewegung provozieren, um dann gemeinsam mit den Machtmitteln des Staates die Arbeiterbewegung auf der die Freiheit in Deutschland ruht, blutig und grausam niederzuschlagen und unter Zerschlagung der Verfassung eine Diktatur über sie zu errichten. Man hat es mit allen Mitteln der Propaganda versucht. Man hat mit dem Gedanken wirklicher Massenaufrührungen gespielt, die den „nationalistischen Aufruhr“ hervorrufen sollten, man versucht es mit den Mitteln der breiten und handgemachten Beschimpfung der Arbeiterbewegung, ihrer Organisationen, ihrer Führer. Man versucht es mit dem Mittel des Weisens auf das Recht. Man versucht es mit der Auffstellung der Kameradschaft von Bürgerregimenten, man versucht es mit dem Mittel des Streikentzuges und des bewaffneten Widerstandes.

Auf alle ungeschwätzten Provokationen gibt die Arbeiterbewegung keine Antwort. Sie ist zu groß, zu stark, zu unerschütterlich, um sich von den Schreien der Provokateure in der Hatzburger Front und ihren Organe beirren zu lassen. Sie ist zu groß, zu stark, zu unerschütterlich, um sich von den Schreien der Provokateure in der Hatzburger Front und ihren Organe beirren zu lassen.

Lavals und MacDonalds Zusammenkunft aufgehoben

England und Frankreich können sich in der Reparationsfrage nicht einigen

Die beabsichtigte Begegnung Lavals mit MacDonald ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden, da die Reparationsfrage zwischen England und Frankreich nicht zu einem Ergebnis gekommen ist. Obwohl auf beiden Seiten der gleiche gute Wille einer Verständigung vorhanden ist, war es noch nicht möglich, englische und französische Thesen einander näher zu bringen. England schlägt ein vollständiges Moratorium für die Dauer des Jahres vor, während Frankreich eine einfache Verzögerung des Hoover-Moratoriums wünscht, in dem das Prinzip der Zahlung der ungeklärten Annuitäten aufrechterhalten bleibt. Zudem soll England beantragen haben — so meldet der „Daily Mail“ — daß keine Formel zugleich von Frankreich und von England ratifiziert werde und zu diesem Zweck die Vertreter beider Mächte am 15. Februar in Lausanne zusammenkommen. Dieser Vorschlag sei bei der französischen Regierung auf Widerstand gestoßen. Die Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen sollen aber fortgesetzt werden. Man hofft, daß es bis zum Ablauf des Hoover-Moratoriums am 30. Juni einer Einigung zu gelangen.

Frankreichs Kriegsteilnahme zur Reparationsfrage
Der Nationalrat hat am 26. Januar beschlossen, die Kriegsteilnahme Frankreichs zur Reparationsfrage zu unterstützen. Der Nationalrat hat am 26. Januar beschlossen, die Kriegsteilnahme Frankreichs zur Reparationsfrage zu unterstützen.

neral Sigmann, der von der Reichsleitung
Griegmann vorge schlagen werde, ein Mann
seines hohen Alters überaus aufblühend.
In der Zukunft des St. Mannes sei es weiter
nichts als die Kandidatur für die Reichsprä-
sident im Kaiserreich langzeit. In Berlin und
Bonn werde in den St. Mannen starke Bewegung
für Coesbels gemacht, dessen eingelegte Frau
Vermögen in den Dienst der „guten Sache“ gestellt habe.

Gordon, 28. Janu

A. Kr. Als seinerzeit im September vorigen Jahres bekannt wurde, daß die englische Regierung und das Unterhaus Goldbeinholdungspflicht der Bank von England für ihre Bankangelegenheiten hätten, und also England bemußt eine Sentung zu Gunsten des Pfund Sterling herbeiführte, um den damit verbundenen Goldabziehungen infolge der Kreditkündigungen ausländischer Gläubiger zu begegnen und sich auf der anderen Seite durch absichtlich herbeigeführte Sentung des Pfundkurses einen außerhandelspolitischen Vorteil zu verschaffen, ist an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, daß sich England das in der Tat leisten könnte, weil im großen gesehen seine Zahlungsbilanz durchaus aktiv, es vielmehr nur im Augenblick liquidiert infolge der Tatsache, daß ein Teil seiner kurzfristigen Ansprüche im Ausland zur Zeit festgefroren sei. So umgerechnet 1½ Milliarden Mark in Südamerika und so 1,6 Milliarden Mark durch das Stillhalteabkommen in Deutschland. Deutschland könne diesem Beispiel jedoch nicht folgen, weil Deutschlands Zahlungsbilanz, so lange nicht die Reparationsfrage bereinigt sei, noch auf Jahre hinaus passiv sei.

Dieser Auffassung ist seinerzeit in einem großen Teil
Presse widerprochen worden. Auch so angesehene und wirk-
lich stets ausgezeichnete unterrichtete Blätter, wie z. B.
„Frankfurter Zeitung“, vertraten die Auffassung, daß
Englands Zahlungsbilanz passiv sei und das infolgedessen
die Fiktion ein sehr gefährliches Experiment darstelle. Bemerk-
würdig ist, daß auch wir in gewisser Beziehung die An-
sicht Englands recht kritisch betrachteten, weil wir vor allen Din-
gen sehr skeptisch dachten über die auf diese Weise zu errei-
chende Belebung der Ausfuhr. Die vor einigen Tagen veröffentlichte
Statistik über die Entwicklung des englischen Außenhandels
des Jahres 1931 zeigt, daß diese Skepsis durchaus begründet
war. Zwar ist sicherlich infolge der Entwertung des Pfundes
die englische Einfuhr 1931 weiter stark herabge-
gangen, aber die Belebung der Ausfuhr ist im großen
Maße ausgeblieben. Im Gegenteil. Das Jahr 1931 weist ein
Rekordrückgang der englischen Ausfuhr auf und somit auch
des weiteren Sinkens der Einfuhr noch ein starkes Defizit
der Außenhandelsbilanz.

Die oben wiedergegebene Nachricht zeigt nun aber, daß die währungspolitischen Befürchtungen der erwähnten, handelsgerichtlichen Handelsblätter sich nicht als begründet erweisen haben, sondern daß auch unsere Auffassung, Englands Zahlungsbilanz sei auf die Dauer doch aktiv, werde sich nämlich erweisen, sobald es ihm gelinge, seine Außenbestände mobilisieren, richtig war. Denn die Meldung beweist, daß England eine volle Milliarde Mark ohne Inanspruchnahme seines Goldbestandes zu kurzgefallen kann, obwohl das Defizit seiner Außenhandelsbilanz nicht geringer geworden und noch weniger verschwunden ist. Und so kann die Milliarde eben nur aus einer Mobilisierung von Außenständen, z. B. durch Rückzahlung deutscher Kredite unter dem laufenden Stillhalteabkommen, beschafft worden sein, zumal auch die Ueberschüsse Englands aus den Erträgen seiner Handelsbilanz gerade in den letzten Monaten infolge der Weltwirtschaftskrise absteigend zurückgegangen sind. Die Aktivität der englischen Zahlungsbilanz ist trotz des Rückganges seines Außenhandels noch vorhanden und als solche erwiesen.

Über die norddeutschen Nazis wollen nicht — General
Seydewitz und Goebbels möchten auch gern Präsident spielen
Von einem Stabschefenführer der Berliner SA
ist uns geschrieben, daß die Reichsleitung der NSDAP
den Bezirksverbänden den Nazi-General Epp als Kan-
didaten zur Reichspräsidentenwahl „empfohl-
en“ hat. Von der ursprünglichen Absicht, Hitler aufzustellen,
da man Wahnsinn genommen, da es aus seiner Stäb-
enlosigkeit, die vorläufig nicht zu beheben sei, unüberwind-
liche Schwierigkeiten ergäben. Der Bezirksverband Bran-
denburg der NSDAP habe die Kandidatur Epp be-
stimmte abgelehnt. Epp sei als Kandidat und Initiator
für Norddeutschland nicht zu ertragen. Abgesehen davon
er nicht populär genug, nur seiner Kandidatur und
einige Aussicht auf Erfolge zu haben. Auch der Nazi-Ge-

Rechnung mit 12 Jahre Vorkurs auf einer 1000-Mark-Scheine
an ihnen zurückzugeben, mit 12 bis 14 Jahren Vorkurs gleich
bei und danach auch bei 10 Jahren an den Staat, wenn die
es als Gehalt und auch wenn es nicht ist, so dass die
an den Staat, die die 10 Jahre nicht tragen, wenn sie
100. Die ganz mit der 100-Mark-Scheine, die die 10 Jahre
gewesen, wenn die 10 Jahre nicht tragen, wenn die 10 Jahre
gewesen und die 10 Jahre nicht tragen, wenn die 10 Jahre
nicht trägt mehr haben.

Die Nacht liegt wieder da. Marie mag wieder an jenen Abend denken. Ist es jetzt nicht so wie damals, fast wie damals? Sie will hoch und wegstehn, versetzt sich von dem Irthum ab. Aber er — von ihrer Sprache angezogen und mild und heilig geworden — zwingt sie bleibe so wie vorher, bis sie müde wird und ihr von selbst ein widerwärtiges, dann heiß und dann kalt hemmungslos fort und immer wieder sagt. Weib, ich bin nicht dein Freund. Jetzt ist alles anders — Eulienke, Sebastian, die Kinder, das Leben. Ich hab' mit dir kein Recht, so die den Fortgang leben und die Hände voll und heiß machen und dich nicht weichen. Das ist die Ewigkeit, wo es möglich erscheint am liebsten zu sein.

So verlangt Marie auf. Sie will nach Hause. Sie hat doch nicht ganz vergehen. Jetzt will sie zum Heilwerden bringen. Sie geht da.

Marie flieht die Treppe hinauf. Unten trommelt es gegen die Thür. Erschrocken bleibt Marie stehen. Wartet. Man hört das Trommeln auf, ist es still. Marie flieht weiter. Sie überspringend, flieht. Vor sich flieht.

Marie steht in ihrer Kammer. Steht dort fassungslos. Die Hände auf die hämmernde Brust. Das dauert nicht. Dann beruhigt sie sich und lächelt trübselig.

Während Marie sich entkleidet, zwischen durch ab und zu die Beilagen schnuppert, überkommt sie nochmals Schriit für Schriit und drängt letztes Bedenken und immer noch nach gebliebene Angstrisse aus sich heraus. Als sie das Licht ausmacht, liegt sie niederlegt, ist sie ohne Hemmung und sie fühlt sich vollständig frei von allem, das vor Stunden noch so grauenhaft bedrückt hat.

Seitdem treffen Marie und Fritz sich heimlich: fast jeden Abend. Sie umarmen sich, lassen ihr warmes Blut den anderen spüren, kriechen sich und küssen sich. Das ist alles. Es ist keine Verabredung zwischen ihnen, daß mehr nicht sein soll. Sie legt es Wochen hindurch. Aus dem Herbst wird Winter. Einmal schon hat es nachts über geheizt. Einen Morgen, als der Schnee auf den Straßen, einen Tag lang auf den Dächern gelegen. Der Schnee, den Marie so liebt und der sie so glücklich macht. Dann war er binnen Stunden wässrig. Es schauerte und schüttelte ihn hinweg. Wie der Regen die getrockneten Dächer, die Marie holt.

Marie hat heute ihren Ausghehtag. Sie will sich, — sie will anders sein? — mit Fritz treffen. Wie immer, wenn sie nach zu eine Freundin hat. Sie wollen tanzen gehen. Ein

Die bestialische Gefinnung der SA-Banditen

neue Schießereien im Weidwerkprozess — Goebbels muß 300 Mark bezahlen

Im Berliner Weidwerk-Prozess wurde am Dienstag nachmittag Joseph Goebbels, der in der Sonnenallee unter wütenden Beschimpfungen der Berliner Polizei und des Gerichts unzulässigerweise eine Aussage verlesen hatte, wegen Verletzung der Weidwerkordnung zu einer Geldstrafe von 300 Mark und zur Verurteilung der Kosten verurteilt. Goebbels, der glaubte, ohne Risiko den wilden Mann spielen zu können, ist damit an seiner empfindlichsten Stelle, nämlich am Hemorrhoids, getroffen worden.

In der Dienstag-Sitzung beantragte der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Staatsanwalt Steinhilber, zunächst, wegen unzulässiger Zeugniserweiterung in eine Weidwerkordnung von 300 Mark zu verurteilen. In seiner Begründung erklärte der Staatsanwalt, daß Goebbels bei seiner Aussage, welche weder auf seine Angelegenheiten gestützt, noch eine Weidwerkordnung mit dem § 55 der Strafprozessordnung beinhalte, nach dem sich ein Zeuge dann der Aussage enthalten muß, wenn er Gefahr läuft, sich mit seinen Behauptungen selbst

einer strafbaren Handlung zu bezichtigen. Der Zeuge, so führte der Staatsanwalt weiter aus, sei ein Mann, der im politischen Leben Reife und von dem man eigentlich erwarten dürfe, daß er die Belehrung durch das Gericht erfassen und befolgen könne. Statt dessen habe der Zeuge seine Zeugniserweiterung auch auf Zureden nicht aufgegeben und sei überaus verlegend und ausfallend geworden. Die Angeklagten unterbrachen den Staatsanwalt durch lärmende Zwischenrufe und unverschämtes häßliches Lachen, so daß selbst dem Vorsitzenden, Herrn Ohnesorge, die Galle überlief und er sehr erregt dazwischenfuhr.

Im weiteren Verlauf des Prozesses wurden Zeugen vernommen. Ein Polizeibeamter konnte dem Gericht ein drastisches Beispiel für die geradezu bestialische Gefinnung der SA-Banden

liefern. Der Zeuge, der am Pogrom-Abend mit der Auflösung einer nationalsozialistischen Zusammenkunft beauftragt war, wurde von Nazis bedrängt, seine Dienstnummer zu nennen. Die Nazis riefen dabei: „Schlagt doch den verdammten Kerl einfach tot, wenn er seine Nummer nicht nennt!“

Polizeiskandal in Braunschweig

Klagges zwingt der Presse falsche Nachrichten auf

Braunschweig, 26. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Ermordung des Jungredners Hannes Meier wußte sich zu einem Polizeiskandal unter dem Namen „Mißbrauch der 2. Rotverteilung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Meinungen“ zu entwickeln. Am Dienstagabend eine Berichtigung, wonach in der der Reichspräsident die freigelegte Behauptung, daß die Braunschweiger Kriminalpolizei eine genaue Beschreibung des Verstorbenen, der Meier hinterlassen hatte, gegeben sei, ist von einem Kameraden Meiers gegeben

worden, der neben ihm stand, als die Schüsse fielen. Ein weiterer, ebenfalls angeklagter Zeuge behauptet übereinstimmend, daß ein uniformierter SA-Mann aus Braunschweig erkannt, dessen Adresse der Kriminalpolizei am Sonntag zur Verfügung gestellt wurde. Die Kriminalpolizei hat bis heute noch dieser Aussage ebenso wenig Gebrauch gemacht wie von der mit 15 Namen enthaltenen Liste nationalsozialistischer Studierender und höherer Schüler, die sich nachweisbar an dem Mordfall ebenfalls beteiligten.

Der bisherige Verlauf der Untersuchung läßt nicht erkennen, daß es den Klagges unterliegenden Behörden auf eine Klärung des Sachverhalts ankommt.

Bann kommt der Reichskommissar für Braunschweig?

Tägliche Schießereien der SA. — Ständige Überfälle auf die Arbeiterviertel

Braunschweig, 26. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die täglichen Schießereien und Überfälle in Braunschweig sind jetzt so zahlreich geworden, daß die Reichsregierung bald überlegen muß, ob sie nicht einen Reichskommissar nach Braunschweig entsenden will. Es geht kein Tag ohne Schießerei.

Am Dienstag verließen die SA-Truppen der Stadt Braunschweig unter Führung des Stadtverordneten Erbel ihre Kasernen, um in der Gegend der Zuteilnahme zu manövrieren. Ihr „Spaziergang“ wurde von einem Auto aus, in dem nach dem Berliner Muster ein Oberer lag, beobachtet. In der Nähe der Spinnerlei, mitten im Arbeiterviertel, kam es bald zu der gewünschten Schießerei mit der provisorischen Menge. Die SA, was wiederholte Schüsse ab. Als sich die erschütterten Arbeiter auf einen Schützen kürzen wollten, flüchtete er in ein Geschäftslokal, dem er von Polizeibeamten herausgeholt wurde. Endlich konnte einmal einer der Burken festgenommen werden. Auf dem Kadellint wurden nach der Schießerei wieder außerordentlich eingeschlagen.

Tiefenbegräbnis für ein Opfer der Braunschweiger Nazimörder

Braunschweig, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Bestattung des von Nationalsozialisten ermordeten Reichsbannermannes Kurt Meier erfolgte am Donnerstag nachmittag statt. Die Sozialdemokratische Partei, das Gewerkschaftsamt und das Reichsbanner haben die Arbeiterkammer der Stadt Braunschweig am Dienstag in einem Aufruf aufgefordert, die Arbeit zu beenden und sich an der Bestattung zu beteiligen. In den beteiligten Betrieben wird die Arbeit während des Begräbnisses 5 Minuten lang ruhen.

Schlange-Schönungen sucht, seine Fehler gut zu machen

wirft wieder 57 Millionen in den Kopf der Landwirtschaft. Als in der zweiten Hälfte des November die Rotordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Ernte und der landwirtschaftlichen Ernte im Ostpreußengebiet vom 17. November 1931 unterzeichnet wurde, haben wir diese Verordnung sofort einer kritischen Untersuchung und dabei betont, daß diese Verordnung in Wirklichkeit, ganz entgegen der Absicht, der sie entgegen, für die Landwirtschaft der Ostgebiete nur schädlich sein könne. Die einzige Folge würde nämlich sein, daß der Kredit, den diese Landwirtschaft bisher immer noch gehabt hat, ebenfalls noch zerstört werden würde, und daß insbesondere die ostpreussische Landwirtschaft für die kommende Vegetationsperiode ebenfalls noch zerstört werden würde, und daß insbesondere die ostpreussische Landwirtschaft für die kommende Vegetationsperiode ebenfalls noch zerstört werden würde.

Jetzt endlich wird es auch offiziell als richtig zugegeben. Jetzt ganz offiziell eingestanden, daß die ostpreussische Landwirtschaft für die kommende Vegetationsperiode ebenfalls noch zerstört werden würde, und daß insbesondere die ostpreussische Landwirtschaft für die kommende Vegetationsperiode ebenfalls noch zerstört werden würde.

ihnen umfassende Sicherungen für die Gewährung solcher Kredite verschafft. Und zwar auf doppelte Weise, einmal dadurch, daß er ihnen ein besonderes Pfandrecht an den Früchten des landwirtschaftlichen Grundstücks, für das die Kredite gegeben werden, ein Pfandrecht, das außerhalb der gesamten ordentlichen bürgerlichen Gesetzgebung liegt, gewährt. Dieses Pfandrecht ist in seinem Wert noch dadurch erhöht worden, daß es nach § 2 der genannten Verordnung allen an den Früchten bestehenden dinglichen Rechten im Range vorgeht, also, B. vor allen anderen Sicherungsvereinbarungen dieser Früchte. Dieses Pfandrecht kann jedoch der Natur der Sache nach nur auf solche Grundstücke gewährt werden, die nicht dem Sicherungsverfahren unterliegen. Denn sonst würde ja durch das Pfandrecht und seine eventuelle Inanspruchnahme durch die Gläubiger das in dem Sicherungsverfahren liegende Moratorium durchbrochen werden. Deshalb sind diese Grundstücke von dem Pfandrecht freigelassen worden. Es ist dafür eine zweite Möglichkeit der Kreditgewährung vorgesehen, die insbesondere gerade für die dem Sicherungsverfahren unterliegenden landwirtschaftlichen Unternehmungen in Frage kommt. Das Reich stellt nämlich unmittelbar den hohen Betrag von 57 Millionen Mark als Bürgschaft für Forderungen aus Dünge- und Saatgutlieferungen an landwirtschaftliche Betriebe für die diesjährige Frühjahrsbewässerung zur Verfügung. Diese Bürgschaften gelten aber nicht nur für die unter dem Sicherungsverfahren stehenden landwirtschaftlichen Unternehmungen, sondern sie gelten ganz allgemein für alle landwirtschaftlichen Unternehmungen. Infolgedessen sind die Kredite, die den dem Sicherungsverfahren nicht unterworfenen Unternehmungen gewährt sind, soweit sie zur Anschaffung von Düngemitteln dienen, doppelt gesichert. Einmal durch das Pfandrecht und sodann durch die Bürgschaft. Auf der anderen Seite freilich bezieht sich diese Bürgschaft nur auf die Forderungen aus Düngemittellieferungen und infolgedessen sind die Saatgutforderungen für solche Unternehmungen, die dem Sicherungsverfahren unterliegen, überhaupt nicht gesichert. Hier ist noch eine Lücke in der neuen Kreditgewährung vorhanden.

Es handelt sich übrigens bei dieser Sicherung der Frühjahrsbewässerung und Saatgutversorgung für das Jahr 1932 (denn die Geltung der Verfügung ist auf das Erntejahr 1932 beschränkt) nicht nur um eine Hilfsmaßnahme, auch nicht nur um eine Hilfsmaßnahme zugunsten der ostpreussischen Landwirtschaft innerhalb und außerhalb des eigentlichen Ostpreußengebietes, sondern um eine Hilfsmaßnahme für die gesamte deutsche Landwirtschaft. Diese Ausdehnung der neuen Hilfsmaßnahmen auf die gesamte deutsche Landwirtschaft ist außerordentlich auffallend. Sie beweist nämlich, daß das Sicherungsverfahren, also das Moratorium für die ostpreussische Landwirtschaft, nicht nur den Kredit der ostpreussischen Landwirtschaft zerstört, sondern auch den Kredit der übrigen Landwirtschaft im Deutschen Reich so schwer beeinträchtigt hat, daß das Reichsamt für die deutsche Landwirtschaft außerhalb Ostpreußens werden in diesem Frühjahr keinerlei Düngemittel und Saatgut mehr auf Kredit erhalten. Und diese Tatsache steht in dem vollen Licht, eine wie unsinnige Maßnahme das ganze Sicherungsverfahren ist.

Gewiß, diese Rotverordnung zeigt, daß es auf diese Weise möglich ist, die Schäden, die der Landwirtschaft durch das Sicherungsverfahren selbst zugefügt worden sind, mindestens zum Teil wieder auszugleichen. Denn es darf angenommen werden, daß diese Maßnahmen ihre Wirkung nicht verfehlen werden. Denn schließlich werden gerade in dieser Krisenzeit die Düngemittel- und Saatgutlieferanten ein Geschäft nicht verachten, wenn ihnen die Zahlung auf diese Weise gesichert wird. Dem steht aber gegenüber, daß das nur dadurch möglich geworden ist, daß nicht nur das Reich, sondern auch ein neuer Eingriff in das geltende deutsche Wirtschaftsrecht zugunsten einer ganz bestimmten kleinen Gruppe von Unternehmern gemacht hat und damit eine neue Eigentumsverteilung gerade der Landwirtschaft aufzuerlegen genötigt war (etwas, was wir Sozialisten ja durchaus mit einem besseren Auge betrachten), sondern daß aus dem Reich wieder einmal eine große Summe, nämlich 57 Millionen Mark, zur Verfügung steht. Und das ist bei der gegenwärtigen Finanz-

lage des Reiches, wo an allen Ecken und Enden auf Geld gebrochelt und gepörrt wird, geradezu ungeheuerlich. Nach den mehreren hundert Millionen, die das Reich in den letzten Notjahren der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt hat, werden jetzt wieder 57 Millionen für die Landwirtschaft geopfert zu einem Zeitpunkt, in dem die Kassen des Reiches leer sind und keine Sicherheit besteht, daß die Reichskasse ihre Zahlungstermine durchhalten kann. Daß dadurch die Reichsfinanzen aufs neue gefährdet werden, dürfte wohl ohne weiteres klar sein. Also ist die Hauptwirkung der Politik Schlange-Schönungen die, daß er eine neue Gefährdung der Reichsfinanzen herbeigeführt hat.

Klagges holt sich neue Schlappen

Groener stellt die Angelegenheit seiner Verhaftung an. Der braunschweigische Nazi-Minister Klagges lehnte kürzlich das Verlangen des Reichsministeriums des Innern ab, die „Braunschweigische Landeszeitung“, ein überaus bescheidenes Naziorgan, wegen Beleidigung Brünings zu verbieten. Dieser Tage verurteilte Klagges sich Herrn Groener gegenüber zu veranbaren, indem er versuchte, beim Oberpräsidenten in Hannover ein Verbot der Hannoverischen kommunikativen Organe auch acht Wochen durchzusetzen. Klagges blühte aber ab. Auch das Reichsministerium des Innern, an das sich Klagges beschwerdeführend wandte, tat ihm den gewünschten Gefallen nicht. Ebenso erging es ihm mit dem Reich, den sozialdemokratischen „Volksstimmen“ in Hannover verboten zu lassen. Groener beschwerte ihn, daß es zu einer derartigen Maßnahme an den geschlichen Voraussetzungen fehle. Damit ist erwiesen, daß Klagges eine ungelegte Handlung beschuldigt bzw. andere dazu verleiten wollte.

Stuttgarter Volkspartei gegen Dingeliden

Der Abmarsch der Deutschen Volkspartei zur Opposition gegen die Regierung Brüning ist bei der Stuttgarter Ortsgruppe der Volkspartei auf heftigen Widerstand gestoßen. Das kam in einer Versammlung, in der Abgeordneter Reinath seine Zustimmung im Reichstag durch einen Vortrag zu begründen suchte, in sehr energischer Weise zum Ausdruck. Verschiedene Redner traten Reinath entgegen. Die schärfste Formulierung fand ein Dr. von Baer, der es geradezu als eine „Todsünde“ gegen das Vaterland bezeichnete, sich jetzt in irgendeiner Form an dem Sturz der Regierung zu beteiligen. Die Versammlung gestand sich durch die Aufnahme dieser Ausführungen zu einer demonstrativen Kundgebung gegen die von den führenden Persönlichkeiten der Volkspartei eingeleiteten Versuche, die Deutsche Volkspartei mit den Nationalisten wie überhaupt mit der nationalbürgerlichen Front in ein Gemeinschaftsverhältnis zu bringen.

Arbeiter-Sport

Handball-Serien Spiele am 31. Januar

Männer-A-Klasse, Gruppe West
10.10: 2. Abt. — Ohlau; Ostpart: Bassalia.
15.00: Südb. — Stadelwitz; Kleindorf: Kogel.
15.20: 6. Abt. — St. Schimmer; Ostpart: Alster.
10.50: 1. Abt. — 1897; Eichenpar: Jung.

B-Klasse, Gruppe West
10.00: 2. Abt. — A. I. Bieg; Helmuth: Büttner II.
10.40: Deutsch-Billa. — Brautslawie; Deutsch-Billa: Samatich.
13.00: 6. Abt. — St. Schimmer; Dapart: Venus.
9.40: 1. Abt. — 1897; Eichenpar: Günter P.

C-Klasse, Gruppe West
10.00: 4. Abt. — Ohlau; Vohemise: Gewiese.
9.00: 6. Abt. — St. Schimmer; Ostpart: Richter.
15.00: Nordost — Tennis; Brüdernaue: Kisthke.

D-Klasse
9.30: Deutsch-Billa — Strehlen; Deutsch-Billa: Kiste IV.
14.10: 6. Abt. — Markschütz; Ostpart: Köster.
15.00: Bieg — 1925; Bieg: Triponez.

Männer-A-Klasse, Gruppe Ost
15.10: 9. Abt. — 3. d. A.; Gaudau: Kändel.
15.10: 7. Abt. — Sil. Aid.; Eichenpar: Kiedel.
15.10: 5. Abt. — 1925; Brüdernaue: Vah.
15.20: Nordost — 8. Abt.; L.-H.-B. Billa: Reichert I.

B-Klasse, Gruppe Ost
14.00: 9. Abt. — 4. Abt.; Gaudau: Kiehl.
13.00: 7. Abt. — Sil. Aid.; Eichenpar: Römer.
14.00: Nordost — 8. Abt.; L.-H.-B. Billa: Glaubik.
14.00: 5. Abt. — 1925; Brüdernaue: Kiste.

Männer-C-Klasse
10.00: 5. Abt. — 1925; Brüdernaue: Kiste I.
13.30: 12. Abt. — Sil. Aid.; Stadion: Hempel.

Jugendklasse
8.00: 2. Abt. — 5. Abt.; Helmuth: Heilmann.
8.30: 1. Abt. — 9. Abt.; Eichenpar: Günter E.
10.00: St. Schimmer — 4. Abt.; Stadion.
10.30: Stadelwitz — 1925; Stadelwitz: Strebla.

Abteilung
Jahresversammlung der Sportvereinsgruppe Nord-Ost. Die sehr gut besuchte Generalversammlung fand am 26. Januar im Gasthaus „Zur Post“ statt. Nach dem Bericht des Vorsitzenden, Herrn Köster, wurde die Jahresrechnung angenommen. Die Einnahmen betrugen 1932 1.000,-, die Ausgaben 800,-. Der Reinertrag beträgt 200,-. Die Jahresversammlung wurde durch Herrn Köster geleitet. Nach dem Bericht des Vorsitzenden, Herrn Köster, wurde die Jahresrechnung angenommen. Die Einnahmen betrugen 1932 1.000,-, die Ausgaben 800,-. Der Reinertrag beträgt 200,-.

Wetterbericht

des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Rietern
Maximaltemperatur: 10 Grad; Minimaltemperatur: -10 Grad. Der Himmel war bewölkt, es regnete. Die Luft war kühl. Der Wind war aus Westen. Die Luftfeuchtigkeit war hoch. Die Sichtweite war gering. Die Temperatur war niedrig. Die Luft war kühl. Der Wind war aus Westen. Die Luftfeuchtigkeit war hoch. Die Sichtweite war gering. Die Temperatur war niedrig.

Wetterbericht
Der Himmel war bewölkt, es regnete. Die Luft war kühl. Der Wind war aus Westen. Die Luftfeuchtigkeit war hoch. Die Sichtweite war gering. Die Temperatur war niedrig. Die Luft war kühl. Der Wind war aus Westen. Die Luftfeuchtigkeit war hoch. Die Sichtweite war gering. Die Temperatur war niedrig.

Rundfunk von heute

Tägliche Funkvorschau für Arbeiterhörer
Der Rundfunk von heute ist ein sehr interessantes Programm. Es gibt viele interessante Sendungen. Die ersten Sendungen beginnen um 8 Uhr. Die letzten Sendungen enden um 12 Uhr. Die Sendungen sind sehr interessant. Die ersten Sendungen beginnen um 8 Uhr. Die letzten Sendungen enden um 12 Uhr. Die Sendungen sind sehr interessant.

Der Rundfunk von heute ist ein sehr interessantes Programm. Es gibt viele interessante Sendungen. Die ersten Sendungen beginnen um 8 Uhr. Die letzten Sendungen enden um 12 Uhr. Die Sendungen sind sehr interessant. Die ersten Sendungen beginnen um 8 Uhr. Die letzten Sendungen enden um 12 Uhr. Die Sendungen sind sehr interessant.

Der Rundfunk von heute ist ein sehr interessantes Programm. Es gibt viele interessante Sendungen. Die ersten Sendungen beginnen um 8 Uhr. Die letzten Sendungen enden um 12 Uhr. Die Sendungen sind sehr interessant. Die ersten Sendungen beginnen um 8 Uhr. Die letzten Sendungen enden um 12 Uhr. Die Sendungen sind sehr interessant.

Die SAJ. „erobert“ das flache Land

Kampf nur gegen Sozialdemokraten

Es war einmal — es war einmal eine Zeit, da gab es in der damals noch ungeteilten Breslauer Sozialdemokratie einen eifrigen Mann, der gerne und viel redete, auch manchmal nicht ohne Temperament gegen den Faschismus zu Felde zog und oftmals in Versammlungen der umliegenden Landkreise seinen Mann stellte. In Breslau-Stadt allerdings war man zu jener Zeit ein wenig skeptisch gegen diesen temperamentvollen Redner, war man in leitenden Kreisen des örtlichen Parteivorstandes sogar der Ansicht, daß man unzeren ehemaligen Freund — er heißt Hannak — besser nicht auf die Menschheit loslassen dürfe und stieß ihn daher kurzerhand von der Rednerliste.

Es war einmal — heute ist es anders. Die Zeiten haben sich gewandelt und Ernst Gäßlein mit ihnen. Schon in jenen verhängnisvollen Tagen, da es offenbar wurde, daß gewisse taktische Maßnahmen einer Clique, die glaubte, allein marxistische Organisation und Erkenntnis in Macht zu haben, zu einer Spaltung führen werde, plante und verkündete man bereits, daß Hannak nunmehr das flache Land „erobert“ werde. Offenbar bezog sich das nur auf kleinere Orte, auf die Dörfer in der Breslauer Umgegend, denn in größere Ortschaften und Städte bemüht sich der neue Bezirksvorsitzende der SAJ. für sämtliche Provinzen Schlesiens meist höchstpersönlich selbst. Seine Erfolge waren bisher allerdings mehr wie mäßig; die veränderte Frontstellung, die die SAJ. ganz naturgemäß in immer steigendem Maße einnehmen muß, hat eben keinen politischen Kurswert. Die Provinzorganisation der Spalter ist mit Ausnahme einiger „Zellen“ in Bries, Strehlen, Dels, Bunzlau und einigen weitverlorenen Dörfern benachbarter Provinzen (wo sich die seltsamen politischen Allermeltsleute der neuen Lehre zuwandten) nicht über düstige Anlaufpunkte hinausgekommen.

Ein besonders Kapitel ist jedoch, und damit kommen wir auf Hannak zurück, die SAJ.-Agitation im Landkreis Breslau. Die Zeiten, wir sagten es schon, da Hannak gegen Faschisten zu Felde zog, liegen hinter uns. Der Kampf zwischen Faschismus und Arbeiterkraft ist zwar auf dem Höhepunkt angelangt, alle Arbeiterorganisationen sammeln sich zur einheitlichen Abwehr nicht nur putzschüssiger Angriffe, die Leben und Freiheit jeglicher Arbeiterbewegung gefährden würden, sondern tragen den Kampf, wie der Aufruf der Eisernen Front in unserer jetzigen Nummer bezeugt, auf alle das tägliche Leben der deutschen Arbeiterklasse berührenden Fragen vor. Ja, sogar in den kommunistischen Blättern ist man ein wenig, ein ganz klein wenig sparsamer in der Anwendung der idiotischen Begriffs-mißdeutung vom „Sozialfaschismus“ geworden.

Die SAJ. aber hat nur einen Feind, kennt nur einen Kampf, wendet sich im Landkreis Breslau nur gegen eine Partei, gegen die Sozialdemokratie. Daß dabei nicht allzu viel gewonnen werden kann, scheint man sich aber selbst in der SAJ. bewußt zu sein, denn man „erobert“ das flache Land nicht etwa, indem man die eingeeinigten Proleten zusammentrommelt und zu überzeugen sucht, sondern indem man sich seine Versammlung ganz einfach schon fertig mitbringt. So war es vor einigen Tagen

in Groß-Mochern. Die „SAJ.“ berichtet stolz von vierhundert Besuchern, allwo man zweihundert Parteigänger aus Breslau mitbrachte, die selbstverständlich dem eigenen Referenten Beifall spendeten. Nicht viel anders wurde es in dem Breslauer Vorort-Stadtteil Tschansch gemacht, wo auf über 300 Besucher nur etwa 4 „einheimische“ SAJ.-Leute entfielen, nicht anders in Kunbisch bei Olschitz, wo man sich 40 Mann mitbrachte, während die 19 vom Orte stammenden Besucher alles Mitglieder der SPD. waren, nicht anders auch am letzten Sonnabend in Opperau.

In Opperau hat die SPD. bekanntlich in der Gemeindepolitik durch einige Renegaten, die ihre persönliche Intrigenspinners für wichtiger hielten, als die Arbeit im Interesse der Arbeiterklasse, zeitweise unter unerfreulichen Begleitumständen gegen einige Quertreiber zur Wehr setzen müssen. Zuerst glaubten die Kommunisten, hier den richtigen Nährboden für ihren Kampf gegen den „Sozialfaschismus“ gefunden zu haben. Aber nach kurzer Zeit überzeugten sie sich von dem persönlich-gehabtigen Charakter dieser einzelgängerischen Stuntmacherei, die nur dem Klassengegner diene und rühten sehr energisch von ihnen ab. Das hindert aber die neue Sekte des wahren, einzig richtig destillierten Klassenkampfes, die SAJ. nicht, sich auf diese Leute zu stützen. Trotzdem konnte auch der Versuch mit der Redner-„kanone“ Hannak, Opperau zu „erobert“ nur mit 200 Mann Begleitmannschaft, zu denen sich noch 35 Mann Breslauer Kommunisten gesellten, unternommen werden. 12 (in Worten zwölf) Opperauer Einwohner, darunter die sechs Mann von der Grenzelpartei, bildeten außerdem das Auditorium für Hannak, der nichts anderes vorzubringen wußte, als unsinnig pöbelhafte Angriffe gegen den Genossen Schiffer, dem man es wohl besonders übelnimmt, daß er also sogenannter „Finter“ gar nicht daran denkt, der Sozialdemokratie den Rücken zu kehren. Während sich Marschall in Rothfärben am gleichen Tage beschwerte, weil er nicht als Genosse angeredet worden war, apostrophierte Hannak

in Opperau den Genossen Fraentel in lächerlich-theatralischer Weise, so daß zum Schluß einige SAJ.-Jugendgenossen selbst auf richtig bemerken, „der Hannak hat uns die ganze Tour vermasselt“.

Vielleicht überlegt es sich der Bezirksvorsitzende der SAJ. doch, ob er diesen zugkräftigen Redner nicht lieber wieder, wie ehemals, von der Rednerliste der „Eroberer des flachen Landes“ absetzt.

Erobert ist übrigens im Landkreis bis jetzt nichts worden. Nur in Olschitz besteht eine sogenannte Ortsgruppe von etwa 6 Mann; in allen anderen Orten sind die politisch organisierten Arbeiter von anderen Sorgen beschwert, als in einer politisch bedeutungslosen Gruppe Heilswahrheiten zu verkünden und die Kampfkraft der Arbeiterkraft gegen den Faschismus zu schwächen.

Robertw. Jahresversammlung der Partei. Die am vergangenen Freitag abgehaltene Jahresversammlung unserer Ortsgruppe war außerordentlich gut besucht. Aus den Berichten war zu erfahren, daß die Partei sich hier am Ort gut gehalten hat und im Laufe des Jahres eine rege Tätigkeit entwickelte. Der Kassenbericht konnte ebenfalls als zufriedenstellend bezeichnet werden, so daß dem Kassierer Entlassung erteilt wurde. Gleichzeitig gab der Ortsgruppenvorsitzende für die Wohlfahrt einen kurzen Bericht und teilte mit, daß er seine Tätigkeit demnächst im neuen Heim aufnimmt. Danach wurde einstimmig der Ortsgruppenvorstand gewählt: 1. Vorsitzender: Gen. Kluge; 2. Vorsitzender: Gen. Werner; Kassierer: Gen. Bell; Unterassistent: Gen. G. und Stiller; Schriftführer: Gen. Rudolph und G. Müller; Redaktoren: Gen. Heißer, Schlums und Daniel. Bestätigt wurde die Genossin Reumann als Vorsitzende des Ortsgruppenausschusses für Arbeiterwohlfahrt und Genosse Werner als Berichterstatter. Als Delegierte zur Unterbezirks-Jahresversammlung wurden die Genossen G. Müller und Kluge gewählt. Anschließend hielt Genosse Schiffer einen Vortrag, der allseitiges Interesse und Beifall fand. Unter Punkt 1. wurde an die Jahresversammlung des Unterbezirks nachfolgender Antrag einstimmig angenommen: „Die Jahresversammlung des Unterbezirks Breslau-Land, Neumarkt, Nimpsch wolle beschließen, daß der nächste Parteitag des Unterbezirks in Robertw. stattfindet.“ Nachdem noch die Richtlinien der „Eisernen Front“, die demnächst auch hier am Ort vor die Öffentlichkeit treten wird, bekanntgegeben worden waren, konnte Genosse Kluge, mit einem begeisterten Hoch auf die Partei, die Versammlung beenden.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimpsch

Sekretariat: Margaretenstr. 17, Garthaus (Neubau) Zimmer 170-171
Telephon 59060, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-11 u. 16-18 Uhr

Breslau. Am Donnerstag, dem 28. Januar, bei Mende, 13 Uhr, öffentliche Erwerbslosenversammlung. Redner: Gen. Schiffer. Sämtliche Erwerbslosen auch aus der Umgegend sind eingeladen.

Breslau. Freitag, den 29. Januar, bei Mende, 20 Uhr, Frauenabend. Rednerin: Genossin Münz-Breslau. Keine Genossin darf fehlen.

Protisch-Weide. Freitag, den 29. Januar, bei Schneider, 20 Uhr, Generalversammlung. Redner: Genosse Schiffer. Niemand darf fehlen. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Sagbor. Donnerstag, den 28. Januar, 20 Uhr, Generalversammlung. Redner: Genosse Stalz.

STADTHEATER

Mittwoch 18-22.45
Donnerstag 19-22.45
Goldspiel Richard Groß
Die Hölzerlinge von Nürnberg
Donnerstag 20 Uhr gegen 22.45
Abend-Spiel 10
Manon Lescaut
Freitag 19.30 bis gegen 23
Die Dame von Salvioli

LOBEITHEATER

Täglich 20.15-22.45
Hedermächtige Dörfer

ITALIATHEATER

Täglich 20.15-22.15
Das verfl. ... Geld

Schauspielhaus

Freitag 19.30
Sonntag 8.1, 11 Uhr
Premiere
König und König 8.1, 11 Uhr

Casanova

Große Ausstattung
Operetten-Revue
Kunst von Johann Strauss
Sonderausf. abgesetzt!

Buchhandlung Volkswacht

Kabarett-Programme
Breslau 1. H. Graubner

Berlin

Fahrrad 2cr

zu verkaufen, bester Zustand
Bestpreis 2.- RM


Fracht-Tripplike
27 x 30 11.25, 12.50, 13.50 RM
Eing. Schiffe 2.25, 1.50 RM
Gros. Schiffe 2.25, 1.50 RM
2. Schiffe 2.25, 1.50 RM

WAPPENHOF

Heute ab 4 Uhr:
Nachmittags-Variété-Vorstellung
mit dem großen Attraktionsprogramm
Ab 8 Uhr: Abend-Vorstellung
BALL 2 Kapellen
Nachmittag: 30 Pl. abends 50 Pl.

Druckerei Volkswacht

Modern, geschäftig und modern
Ausführung aller Druckarbeiten
schnell und bei ständiger Lieferung
Breslau 2, Flurstraße 4/6.



Volkswacht-Buchhandlung

Breslau, Neue Graupenstraße 5, Flurstraße 4-6

Auch im Inventur-Ausverkauf

nur eine Meinung:

Messow bleibt Messow!



Volkstümliche Arztkunde

Jeder Band nur **RMk. 2.-**

Dr. Kelling: **Heilung von Magen- und Darmkrankheiten.**
Dr. Hoppe: **Krampladen und Hämorrhoiden.**
Dr. Hoppe: **Heilung von Rheuma u. Gicht.**
Dr. Hoppe: **Sexualleiden.**
Dr. Hoppe: **Überwindung der Wechseljahre.**
Dr. Sternheim: **Bekämpfung der Arterienverkalkung.**
Dr. Sternheim: **Bekämpfung der Korpulenz.**

Zu haben in den
Volkswacht-Buchhandlungen Breslau
Neue Graupenstraße 5 :: Flurstraße 4-6.



480

Volkswacht-Buchhandlungen Breslau

Neue Graupenstraße 5 Flurstraße 4-6

Su Otto Brauns 66. Geburtstag

Genosse Otto Braun, seit elf Jahren preussischer Ministerpräsident, wird morgen, Donnerstag, den 28. Januar, 66 Jahre alt. Wir werden morgen in einem Artikel aus berufener Feder, durch einen Abgeordneten des preussischen Landtages, der seine staatsmännische Arbeit acht Jahre lang aus der Nähe beobachten konnte, sein Werk und seine Persönlichkeit würdigen. Unsere Leser werden aber auch den Wunsch haben, etwas Näheres aus dem Leben des Genossen Otto Braun zu erfahren. Wir drucken deshalb aus einer Biographie des Genossen Braun, die der bekannte preussische Landtagsabgeordnete Genosse Kuttner verfaßt hat und die in diesen Tagen erscheint, mit freundlicher Genehmigung des Verlages R. Kuttner in Leipzig, das Kapitel ab, in dem der Verlauf des Königsberger Hochverratsprozesses, in den Genosse Otto Braun seinerzeit verwickelt war, geschildert wird. Der Prozeß endete mit der Einstellung des Verfahrens, einer glänzenden Rechtfertigung Otto Brauns und der übrigen Angeklagten und mit einer fürstlichen Blamage für die altpreussische Justiz, die damalige Polizei, denen nachgewiesen wurde, daß sie sich ohne jeden gesetzlichen Grund zum Schergen des Blut-Jares erniedrigt hatten, und das ganze als System. Der Prozeß spielte 1903/1904. Red. d. „Volkswacht“.

Der Königsberger Hochverratsprozeß

Von der Tätigkeit eines Kassenrentanten, auch eines hervorragend tüchtigen, erzählt die Welt im allgemeinen nichts. Und doch kommt der Tag, an dem der Kassenrentant Braun aus Königsberg im Mittelpunkt des europäischen Interesses steht, an dem alle Zeitungen über ihn berichteten — allerdings als über den Angeklagten Braun.

Der Prozeß, der in der öffentlichen Meinung so lebhaften Widerhall erregt, ist ein Monstreprozeß, nicht wegen des Tatbestandes einiger beschlagnehmter Broschüren ein Tatbestand, wie er heutzutage mit sehr selten im Lokaleit abgetan würde. Er erregt das Aufsehen der Welt, weil sich in ihm das politische Verhältnis zweier europäischer Großmächte spiegelt. Der Ostpreuße Otto Braun hat sich nämlich vor einem preussischen Gericht, vor der Strafkammer in Königsberg, zu verantworten wegen Hochverrates. Aber nicht wegen Hochverrates gegen seinen Kaiser Wilhelm, nicht wegen Hochverrates gegen die Verfassung des Deutschen Reiches. Nein, ein Deutscher steht vor einem deutschen Gericht angeklagt des Hochverrates ... gegen den russischen Zaren!

Um Ostpreußen schlingt sich — vor dem Kriege — die russische Grenze. Das Deutsche Reich aber grenzt nicht nur physikalisch, sondern noch viel mehr politisch an das Jarenreich.

So oft im 19. Jahrhundert in Groß-Deutschland der Geist der Freiheit sich regte, tauchte drohend im Hintergrund die Kassenrente als Zügelmittel auf. Der Parlamentarismus hatte die heilige Allianz und Karlsbader Beschlüsse gegen die „Demagogen“ erzwungen. Der Parlamentarismus stand 1848 für Preußen hilflos, falls diesem die Unterdrückung der Revolution nicht aus eigener Kraft gelingen sollte; sie ihm vom Hals zu schaffen, wie er damals das habsburger Reich vor der Revolution gerettet hat. Seit dem Sturze Bismarcks war freilich das russisch-deutsche Staatsbündnis, verkörpert im Rückversicherungsvertrage, gelöst worden, wodurch Rußland an die Seite der französischen Republik getreten worden war. Trotzdem dauerten die Bemühungen an, Rußland durch Betonung der gemeinschaftlichen dynastischen Interessen wieder enger zu Deutschland zu ziehen, Bemühungen, die ein Jahr nach dem Königsberger Hochverratsprozeß zu jenem abenteuerlichen Bündnisvertrag von Björkö zwischen Wilhelm II. und dem Zaren Nikolaus führten sollten, der dann von der offiziellen Diplomatie verleugnet wurde.

Zwischen Björkö und dem Königsberger Hochverratsprozeß besteht ein innerer Zusammenhang. Dieser Prozeß war ein Gipfelpunkt der — man darf wohl sagen — wüstenlosen Anbiederung an das Jarenreich. Daß eine Großmacht auf Grund einer Falschuratsbestimmung ihres Strafgesetzbuches ihre eigenen Bürger wegen Hochverrat gegen ein fremdes Reich verfolgte, das nach oben hin einer gegnerischen Mächtekonstellation angehörte, — das war wohl das sonderbarste Schauspiel, das Europa seit langem erlebt hatte. Freilich wirkte neben der Völkerverhetzung gegen Rußland auch blinder Haß gegen die Sozialdemokratie für das Zustandekommen dieses Prozesses; neben dem außenpolitischen Zweck wurde auch ein innenpolitischer erzielt: die Sozialdemokratie sollte als Bundesgenossin blutdürstiger russischer Terroristen und Anarchisten, sie sollte als Partner der Königsberger und der Bombenattentate zum Schreden aller deutschen Spieler entführt werden. Der Reichstagsler Führer Bülow war es, der persönlich vor dem Reichstag die Aufgabe dieser Entlassung unternahm. Er hielt eine berühmte Rede, in der er vor den russischen Revolutionären verächtlich als von den „Schornsteinen und Verschönerern“ von den „Silberfärb und Wandbestäuben“ sprach. Die Rede wurde ein großer rechnerischer Erfolg für den Kanzler, freilich ein Erfolg der Art, wie alle Erfolge dieses glatten Phrasenreizers waren. Heute erkennt jedermann hinter der verhüllten Blenderei die erschreckend tiefe Urteilslosigkeit ihres Urheberers.

Dann aber kam der Königsberger Prozeß, und die Vorbeeren des Kanzlers welkten. Es waren zum Teil Angeklagte recht untergeordneter Art, mit denen Otto Braun zusammen auf der Anklagebank Platz nehmen mußte. Der Sachverhalt war in kurzen Zügen folgender: Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte in Rußland die Bewegung gegen den zaristischen Absolutismus mit erneuter Heftigkeit eingesetzt, bis sie während des russisch-japanischen Krieges in der ersten russischen Revolution ihren Gipfelpunkt erreichte. Die Bewegung wurde durch Schriften und Broschüren geleitet, die im Ausland gedruckt und über die Grenze geschmuggelt wurden. Ostpreußen als Grenzland spielte hierbei eine besondere Rolle. Es gab ein Vertriebsmännersystem, wenn auch keineswegs einen „Geheimbund“, wie die Staatsanwaltschaft behauptete, über das die Schriftensysteme geleitet wurden. Natürlich ließ auch einmal hier und da ein sozialdemokratischer Funktionär den russischen Emigranten eine Hilfe zuteil werden. Auch Otto Braun hat dies des öfteren getan, zufällig aber gerade in dem Falle nicht, der zur Anklage kam.

Bei einem Vertrauensmann namens Klein in Kassel waren gegen Ende 1903 für Rußland bestimmte Druckschriften gefunden und beschlagnahmt worden. Bei seiner ersten Vernehmung gab Klein auch den Namen von Otto Braun als eines derjenigen an, der ihm Druckschriften geliefert habe. Diese Angabe genügte der Staatsanwaltschaft und dem Untersuchungsrichter, um zur sofortigen Verhaftung Otto Brauns zu schreiten und die Untersuchungsanstalt über ihn zu verhängen, die zehn Wochen lang untergeordnet wurde. Dabei ließ man sich verzeihen, daß der § 102 des Strafgesetzbuches, der den Hochverrat gegen eine auswärtige Macht unter gewissen Voraussetzungen eine lebenslange Freiheitsstrafe als Strafe vorsieht, bei dem Prozeß nicht angewandt wurde, wie wenig auf die Bundesverfassung auch nur die elementarste Rücksicht genommen wurde, dafür hieß es, daß Otto Braun ein „Schornstein- und Verschönerer“ in der Untersuchungsanstalt an Blindermetzgerhandlung. Der Ge-

fängnisarzt ersuchte dringend um Brauns Entlassung, damit er operiert werden könne, da Lebensgefahr in höchstem Maße bestand. Trotzdem widersprach die Staatsanwaltschaft der Haftentlassung und brang mit ihrem barbarischen Standpunkt durch! Wenn Otto Braun heute lebt, so ist es nicht ihr Verdienst. Er verbannt sein Leben seiner unermüdlichen Natur. Die Eiterung verkappte, und die Lebensgefahr war zunächst abgewendet.

Nach zehnmonatiger Haft durfte Braun endlich das Untersuchungsgefängnis verlassen. Aber auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft setzte das Oberlandesgericht alsbald den Haftbefehl außer Kraft. Kläglich war die Begründung für die Haftentlassung der Haft. Nachdem die Verurteilungsfürsorge in Haftfall gekommen war, nahmen die Gerichte Haftverbot als vorliegend an und begründeten diesen — mit der Nähe der russischen Grenze! Die Herren Juristen meinten offenbar, daß ein wegen Hochverrates gegen den Zaren Angeklagter ausgerechnet — in Rußland ein Schutzgast finden würde! Man steht in schweigender Ehrfurcht vor so viel Scharfsmut.

Braun aber genügt seine bisherigen Erfahrungen im Untersuchungsgefängnis. Er begab sich nach seiner Haftentlassung für einige Wochen zwar nicht nach Rußland, wohl aber nach der Schweiz, um zunächst einmal in Zürich die notwendige Blinddarmpoperation vornehmen zu lassen. Ausgeheilt stellte er sich selbstverständlich dem Gericht wieder zur Verfügung. In der damaligen Zeit, als die politische Verfolgung meist der Sozialdemokratie angehörte, galt es noch als Ehrenpflicht, vor Gericht für seine Handlungen einzustehen. Die radikalen Mauthelden, die heute durch ihre Fluchten vor der Justiz Semination erregen, würden damals wenig Sympathie erweckt haben.

Am ersten Verhandlungstage fiel dem Angeklagten Braun bereits eine besondere Rolle zu: der Vorsitzende verlangte von ihm als dem prominentesten Angeklagten allgemeine Darstellung der Ziele der deutschen Sozialdemokratie. Braun gab sie, knapp, sachlich, überzeugend. Der in dem Buche Kurt Eisners über den Königsberger Hochverratsprozeß enthaltene Bericht gibt nur ein schwaches Bild dieser eindrucksvollen Ausführungen.

Angeklagter Braun: Die Sozialdemokratie geht von der Erkenntnis aus, daß die Ursache des sozialen Elends das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist. Sie erstrebt daher die Überführung der gesamten Produktionsmittel in gemeinschaftlichen Besitz und Leitung der Produktion durch die Gesellschaft und für die Gesellschaft. Wir wollen dadurch die unterdrückte Arbeiterklasse von ihren Leiden befreien. Dieses Ziel wollen wir auf gesetzlichem Wege erreichen. Wir benutzen in den Parlamenten und in den Kommunalverwaltungen jede Gelegenheit, die Reiben der Unterdrückten zu mildern und die Arbeiterklasse zu heben. Unsere Bestrebungen vollziehen sich in der breitesten Öffentlichkeit. (Bezieht sich auf die Anklage wegen Geheimbündelei. D. H.)

Der erste Verhandlungstag brachte schon die Anklage gegen Braun zum Einbruch. Der Angeklagte Klein nahm seine schon in der Voruntersuchung richtiggestellten — ursprünglichen Behauptungen über Brauns Mittäteriät zurück, was dem ersten Staatsanwalt den entsetzten Ausruf entlockte: „Aber die Aussage Klein war doch das einzige, was gegen Braun vorlag!“

Der Prozeß dauerte vierzehn Tage, für damals eine recht lange Zeit. Sein Verlauf gestaltete sich aber ganz anders, als die Urheber gedacht hatten. Auf die Anklagebank rückten immer mehr die blutigen Gewaltdemagogen des Jarenismus, rückten die Massenverführer, die öffentlichen Auspeischungen, die Jubenpogrome. Die Angeklagten veräumten keine Gelegenheit, um zu beweisen, daß die Darstellungen der geschwungenen Schriften über die russischen Greuel der Wirklichkeit entsprachen, ja weit von ihr übertrifften wurden. Und immer mehr erkannte die Öffentlichkeit, wie die deutsche Justiz es fertig brachte, jenem Blutsystem Scherendienste zu leisten. Die öffentliche Sympathie wuchs den Angeklagten zu, die selbst, wenn sie im Sinne der Anklage schuldig waren, doch nur einer Menschenspflicht genügt hatten, wenn sie russischen Emigranten gegen dieses System halfen.

Nicht als Angeklagte, sondern als Anklägerin trat die deutsche Sozialdemokratie in diesem Prozeß auf. Zudem stellte sich heraus, daß die Schriftensätze, auf Grund derer man die russische Sozialdemokratie — und auf dem Umweg über sie die deutsche — einer Unterdrückung des Terrorismus hatte bezichtigt wollen, in bedenklicher Weise falsch überjert und entstellte waren. Diese entstellten Zitate waren die Glanzpunkte der Bülowischen Kanzlerrede gewesen. Das Urteil mußte denn auch anerkennen, daß die russische Sozialdemokratie nicht auf dem Wege terroristischer Einzelakte, sondern auf dem Wege der Massenbewegung ihr Ziel zu erreichen suchte. Damit war der innenpolitische Zweck der ganzen Aktion vernichtet, denn gegen die deutsche Sozialdemokratie blieb nun erst recht nichts übrig.

Nach kläglichem Verunglückte der außenpolitische Zweck. In ihrem blinden Eifer hatte die deutsche Staatsanwaltschaft übersehen, daß der § 102 St.G.B. die Bestrafung wegen Hochverrates gegen eine ausländische Macht nur bei verbürgter Gegenleistung zuläßt. Das Gericht stellte im Urteil fest, daß zur Zeit der Tat die Gegenleistung nicht verbürgt war, was zur Einstellung des Verfahrens wegen Hochverrates führte.

Aber die schimpflichste Folge dieses Prozesses haben die damals Mitwirkenden nicht einmal bemerkt. Sie trat erst zehn Jahre später in Erscheinung. Die Ausbeutung der Schriftensätze war im wesentlichen das Werk russischer Spigelschreiber, denen deutsche Behörden bereitwillig die Tätigkeit auf deutschem Boden gestattet und erleichtert hatten, weil diese Tätigkeit — nach Meinung der Behörden — gegen den gemeinsamen Feind der Hohenzollern und der Romanoffs, gegen die Sozialdemokratie, ging.

Diese Spigelschreiber waren vielseitiger, als die preussische Polizei vermutet hatte. Bei Ausbruch des Weltkrieges 1914 bemerkten die preussischen Militärs, daß den Russen kein Festungswert, kein Standort eines schweren Geschützes, kein betonierter Unterstand im Grenzgebiet unbekannt war. Ihre Artillerie war auf alles eingeschossen. Die braven Spigelschreiber hatten so ganz nebenbei auch dieses für ihre Regierung ausgetastet. So sollte sich die nationale Würdelosigkeit gegenüber einer fremden Macht, hervorgegangen aus dynastischer Solidarität, auf Kosten deutschen Blutes fürchterlich rächen!

Chamisso beim Kommiß

Zum Geburtstag des Dichters der Armen am 24. Januar. Vor hundert Jahren gehörte es zum Gaudium der Berliner, an schönen Sommermorgen hoch auf dem Kremler ins Grüne zu fahren. Unter den Sigen flirrten die Kaffeecannen und aus der Wälderstille kam der Duft von frischen Semmeln. Steigen Sie man in Wladimir Chamisso, tief der Rittger auf der Spänsberger Chaussee zu, ist doch noch kein Jutes. Chamisso als ein Botaniker. Der 10. Jännersterte in den hohen Kremler und zog sofort die Blüte aller auf sich. Einige konnten sich das Baden nicht verkneipen. Der Prozeß trug allenartliche Beifälle, wobei eine alte polnische Dame mit Schürzen im Mund hantelte über eine halbwüchsige Botschaftlerin in der Hifigegend kupperte eine große Botanikerfamilie. Der Kremler fuhr lässig die Spänsberger Chaussee entlang, vorbei an gelächelten Gärten und erreichte nach einer

Ein Wort, das sich der „Führer“ merken sollte:
Der kann sich manchen Wunsch gewöhnen,
Der soll sich selbst und seinem Willen leib;
Aber wer andere wohl zu leiten strebt,
Muß fähig sein, viel zu entbehren.
Goethe.



guten halben Stunde die lange Mauer, hinter der damals der Botanische Garten lag.
Hier lag der Adjunkt aus. Ein bider Berliner, der gern für Stimmung sorgte, tief ihm nach: „Der ganze Kerl wäre glücklich zu schätzen, wenn seine Seele halb so untertänig wäre wie seine alte polnische Kurze.“
Wer war dieser so liebedlich angelegene, ungepflegt aussehende Wanderer? Kein anderer als Walbert von Chamisso, der um diese Zeit, man schrieb 1819, als Adjunkt im Botanischen Garten arbeitete.
Chamisso wurde im Jahre 1801 als Leutnant in ein Berliner Regiment eingestellt. Die langen Beine, die knappe Uniform, der Hut, der Degen, der Zopf, die Handschuhe, bereiteten dem ungelenten Jüngling manchen Merger. Es passierte ihm auch, daß er ohne Degen auf die Parade kam oder bei Feldübungen keine Kompanie verlor und nicht wiederfinden konnte. Auf der Nachschube am Potsdamer Tor schrieb er glühende Gedichte an die Französin Cérés oder unterhielt sich mit seinen literarischen Freunden. In einem Mufenalmanach, den der arme Leutnant auf seine eigenen Kosten herausgab, fanden seine ersten Gedichte.

Kein Wunder, daß er das Elend des Gamalendienstes, die Nichtigkeit seines ganzen Daseins überaus schmerzhaft empfand. Dem Freunde de la Fon ruft er zu: „Ich möchte mit Fäulnis um mich schlagen! Ein Kerl von 24 Jahren und nichts getan, nichts erlebt, nichts genossen, nichts erlitten, nichts erworben, nichts geworden, nichts, rein gar nichts, in dieser erbärmlichen Welt!“

Im Jahre 1803 rückte sein Regiment nach Hameln aus, um die französische Besatzung abzulösen. Er geriet in eine ernste Situation, als Napoleon durch das Bamberger Dekret anordnete, daß jeder Franzose, der im preussischen Heere diene und gefangen würde, binnen 24 Stunden erschossen werden sollte. Chamisso reichte seinem Kommandeur ein Abschiedsgedicht ein, das aber abschlägig beschieden wurde. Am 21. November 1800 erfolgte die Uebergabe von Hameln, doch wurde das blutige Dekret von Bamberg nicht in Anwendung gebracht. Er bekam einen Post nach Frankreich. Hier verweilte er, mit geringen Unterbrechungen, bis zum Jahre 1812, er fand auch Zugang zu dem literarischen Salon der Frau von Staël, wo er durch sein ewiges Pfeifenrauchen nicht gerade angenehm auffiel. Er verlebte sich in „die dicke, feurige Staël“, wurde aber von ihr ebenso enttäuscht wie in seinen Leutnantstagen von der Cérés Douvrenau.

Als Einunddreißigjähriger läßt er sich in Berlin als Student der Medizin einschreiben, ist bei botanischen Exkursionen immer der Eifrigste und fühlt sich glücklich auf dem Marsch zu einem befriedigenden Lebensziel. Während der Freiheitskriege lebt er auf einem einsamen Gute und findet dort Ruhe, seinen „Peter Schlemihl“ zu schreiben. Die Jahre 1815 bis 1818 sind ausgefüllt mit einer Kette um die Welt, über die er in einem Buche ausführlich geplatzt hat. Im folgenden Jahre erfolgt seine Anstellung im Botanischen Garten in Berlin. Da in der Amtswohnung Platz für zwei ist, heiratet er Antonie Wasse, die er wie folgt beschreibt: „Sie ist jung, blühend und stark, rein und bewußlos klar, wolkenlos und heiter, ruhig, verständig und froh und so liebesvoll.“ In seinem Heim fand er Zeit für gelehrte Abhandlungen und poetische Versuche. Die erste Sammlung seiner Gedichte erschien 1831. Aus seinem engen Gelehrtenstübchen betrachtet er die Welt, sah auch, wie sich schwere Gewitterwolken am politischen Himmel türmten. Jart und innig sind seine Lieder von „Frauenliebe und Leben“, die Schumann komponiert hat.

Ein Blutsturz machte seinem Leben am 21. August 1838 ein Ende.
H. St.

Bello im Rundfunk

Ich habe ein Hörspiel verfaßt. Darin wirken ein Esel, ein Löwe und ein Hund mit. Es hat den Namen „Tiere als Schauspieler“. Als wir die Rollen verteilten fanden wir eine passende Bezeichnung für den Esel, den ich trefflich „lachen“ konnte, für den Löwen, dessen Stimme mein Freund, der Prominente Jgnaz Brüllstift vorzüglich traf, aber für den Hund, der nicht zu hellen hatte, sondern zu heulen, fanden wir keine mikrophonfähige Kraft. Menschen heulen nun mal anders als Hunde. Ich war verzweifelt. Da sagt der Insizient Petermann: „Ich weiß einen Hund, der heult so familiär, daß alle Leute vor Lachen knallen werden. Er gehört der Sängerin Krähtiller und wohnt in meinem Hause. Wenn sie singt, dann heult er dazu, daß die Nachbarschaft an die Fenster rennt. Wir müssen die Sängerin dazu engagieren und dem Hund ein paar Würstchen als Honorar geben; dann klappt die Sache, und der Hund und das Hörspiel haben einen Bombenerfolg.“

Das geschah denn auch. Wir engagierten Fräulein Krähtiller und den Hund, und bei der ersten Probe lagen wir vor Lachen auf dem Bache. Aber man soll die Künstler nie vor dem Abend loben. Wir hatten nämlich einen Fehler gemacht. Vor lauter Entzücken hatten sämtliche Mitwirkende dem Hunde Würstchen gegeben. Am Abend wartete das Vieh auf sein Honorar und heulte nicht zur rechten Zeit. Fräulein Krähtiller lang, aber Bellochen sah sich im Kreise um und schwieg. Er wollte seine Gage im voraus haben. Da gab ich ihm einen Tritt und meinte, jetzt heult er. Das tat er aber nicht, sondern er jerrt mir nur die Hufe. Dann hörte eine der Mitwirkenden: „Der Hund ist toll geworden“, und rannte hinaus. Darauf ließ ich Bellochen nach. Draußen jerrt ihr Bello: die neue Löwe Robe, so daß sie Weinträufel bekam. Bellochen hatte aber doch nur gemeint, sie wollte ihm den Würstchen holen, und hatte sie vor Freude ataktiert. Der Anlaß mußte um Mikrophon erklären, das Spiel wurde wegen einer technischen Störung abgebrochen. Die Sache kam sehr teuer und die Juntseitung war sehr böse auf den Vorfall. Aber die Hörer keineswegs. Es kamen sehr viele Briefe des Inhalts: „Die Sache mit dem Hunde war sehr echt und sehr lustig. Solche Sachen müßte der Rundfunk öfters bringen; die sind scharfer als die ewige Muff, besonders die Klaffische.“ Im Namen vieler Hörer.
Hilfesh Auertbach.

Seipen und Erlebe

Es ist bekannt, daß die durch den Mond hervorgerufenen täglichen Flutwellen die Erde in Schwingungen versetzen. Das bedeutet keine Gefahr für unsere Planeten, so lange die Dauer dieser Schwingungen nicht mit der gegenwärtigen Eigenbewegung der Erde übereinstimmt. Trifft jedoch ein solcher Fall ein, dann entsteht ein heftiges, eine Schwingungsüberlagerung, und es können sich katastrophalen Ereignisse ereignen. Durch solche Überlagerungen können sich heftige Störungen im Innern der Erde bilden, die zu gewaltigen Erdbeben führen können. Bei geologischen Forschungen wird man also häufig die Wirkungen der Seipenbewegung, das heißt, die Anziehungskraft des Mondes, berücksichtigen müssen.

„Bezahlen Sie mündlich!“

Greis und ich zogen im vorigen Jahre zusammen in die Sommerferien und nahmen auch unsere Fähräder mit. Auf dieser fuhren wir meist Wege, die uns angenehm und lebend in die Augen fielen durch eine Tafel: Nachfahren verboten, allein wir des angenehm prickelnden Gefühls willen, das man hat, wenn man etwas Verbotenes tut.

Einmal Abends hielt uns unweit einer Verbotstafel ein junger Hüter des Gesetzes, oder — sagen wir es weniger präzis! — ein blutjunger Volkstz an. „Fraulein! Sie leben doch hier die Tafel! Radfahren verboten. Was soll Ihnen denn ein, trotzdem hier zu fahren?“

„Auf dem Gesicht des jungen Polizisten kämpften Lachen und Wut. Aber die Wut siegte. „Sie müssen doch zugeben, daß Sie die Verbotstafeln hier gelassen haben?“

Wir, wie aus einem Munde. Wir haben sie nicht gesehen!"
Der Polizeist. Ich bitte Sie, Sie müssen doch bei jedem
Wege auf die Verkehrsschilder achten. Die sind doch nicht umsonst
da. Wo haben Sie denn nur Ihre Gedanken gehabt?"
Gratel. Bei meinem Spatel!"

„Es tut mir leid, ich muß Sie aufschreiben.“
 „Ich erwidere: Aufschreiben? Na, zu was denn?“

Er: „Du mußt ein Geheimniß in die Mitte ertönen Sie sich
keine Scherze. Ich habe Sie aufzuschreiben, um Sie zur Anzeige
zu bringen!“
Da gibt Gretel mir einen lauten Rippenstoß und pflanzt

auf. „Bitte, junger Mann“, beginnt sie und hält ihn dabei fest mit ihren dunklen Augen. „Bitte, zeigen Sie uns nicht an! Schauen Sie doch, wir sind noch so jung.“ Sie werden uns doch nicht unglücklich machen wollen wegen so nem bißel Kadafzen? Was glauben Sie denn, wer uns noch zur Frau will, wenn wir mal vorbestraft sind, — und das bloß wegen so nem bißel Kadafzen? Wir sind doch noch so jung.

Gretel redete und redete. Ich weiß nicht, was sie noch alles gesagt hat. Ich sah nur, daß der Polizist ganz Auge und Ohr für sie war und meine Anwesenheit ganz und gar vergessen hatte. So konnte ich — einige Schritte entfernt — ihn gemächlich be-

trachten, er war jung, sehr jung, und dann war er hübsch — ja hübsch! Man hätte sich fast in ihn verlieben können, wenn er nicht so ein Schulkammern gewesen wäre, der

Sie mit als Leilegeld, wenn ich Sie heute Abend noch mal springen laße? Es muß alles seinen ordnungsmäßigen Weg gehen.

Da lachte der Polizist ein unbefundenes, inabenhaftes Lachen. „Kleines Fräulein, behalten Sie nur Ihre paar Pennnige und bezahlen Sie halt mündlich!“

Er zog die Dienstmütze ab, trat mit Grotel aus dem Schein der nahen Laterne in den Schatten eines Kastanienbaumes und hat hier wohl kein mindliches Bißgeld in Empfang genommen. Ich weiß dies nicht, vermute es nur; ich habe auf Ebre nicht

Als ich vor dem Schlafengehen das kleine Ergebnis nach einmal mit Grösel besprach, meinte sie: Wenn es möglich wäre, alle kleinen Überlieferungen 1000 mündlich abzuhehlen, würde sich der Aufwand zum Vollzeitsberuf sogar ins Unendliche steigern. — War übrigens gar keine so üble Sache, dieses mündlich abzuhehlen! Erna Grösel.

Die Fuchsboa

Der Dichter Karl Badisch hatte in einem seiner Romane einmal geschrieben: „Ein Gegenstand der gehn Welt magt ist, ihn für drei Mark immer noch teurer, es sei denn, daß man ihn wirklich braucht.“ Dies war auch im Leben sein Standpunkt: obwohl er sonst nicht eben viel von Gelddingen verstand, sah in der Regel kaum darin Lünmerei. Seine Frau Ella aber dachte anders. Seitdem sie ein paarmal das Glück gehabt hatte, Kleidungsstücke für ein Drittel des eigentlichen Preises zu ergattern, galt sie in ihren Kreisen als Kaufgenie. Und diesen Ruhm wollte sie sich wahren, koste es, was es wolle.

Manimal wunderte sich Watson, woher die vielen Blumen, Hüte, Güte und Sonnenschirme eigentlich kamen. So glänzend waren doch seine Einnahmen köstlich nicht, wenn es ihm auch wenig leidlich erging und der Mangel bisher vor seiner Tür noch immer Recht gemacht hatte. Gelegentlich erkundigte er sich sogar, hörte mit halbem Ohr die Pappenthielpreise, verwies auf seine Romanstelle und beruhigte sich nieder.

Wigtraut'scher wurden die Freundinnen. „So etwas möchte ich auch haben“, erklärte die eine der die andere, „flüchte mich doch mal hin!“ Aber niemals klappte es. Stets gab es eine Abgattung oder ein Hindernis. Bald war es das letzte Stück

gemeinen, dem Gefühlsinstinkt nach Verhältnismäßigheit zugehört worden, oder ein erwarteter, telephonischer Anruf hinderte am Ausgehen. Sie hätte man allerhand meinte, der Ehregeiz, in den bei Frau Ella geherrigt habe, habe sie „melancholisch“ gemacht. Entweder verheimlichte sie die wirrlichen Breite und nehme mehr von Witzlosigkeit, oder sie erweise sich als erbaltene Zeug aus zweiter Hand. Vielleicht mache sie auch einfach Schanden.

Eines Abends kam sie mit einer geradezu wunderbaren Fuhsboj nach Hause. „Sieben Mark“, rief sie triumphierend schon unter der Tür. Das war jedoch selbst dem guthumigen Gatten bunt. Es folgten erregte Auseinandersetzungen, freilich ergebnislos.

Manchmal indes haben die Wände Ohren oder die Fenster Augen. Bereits die Kargenstunden des nächsten Tages brachten die Entdeckung. Inheimend hatte eine Bekannte den Erwerb der Daa an der Quelle beobachtet. Jedemfalls überbrachte der verbaute Postbote Frau Ella eine offene Karte mit den vielstehenden Worten: „Gans, du hast den Fuchs gefangen.“

Zwillinge mit verschiedenen Geburtsorten

Der Fall der Zwillinge in zwei verschiedenen Gemeinden

Der wohl berühmteste dürfte das mit großer Beiseit ereignen. In Capistrano (heute bei Giuncello, Gora) gebar eine Frau Maria ein Kind, ein Mädchen. Die Mutter mußte eilends ins Krankenhaus nach Mailand geholt werden und schickte dort einem anderen Mann ein Baby.

Sturctonville

Die kleinen Vögelchen von England empfing eines Tages
Sein einer "Gurkin", irgendwoher England gehörig
kam.
"Was ist das für ein Vögelchen?" fragte die
"Gurkin".

"Was ist das meins?" fragt Foreign Office.
 "Was? Gewisslich mit dem englischen General Miller auf

Breslauer Nachrichten

Die Pflicht ruft!

Freitag, den 29. Januar, 19.30 Uhr

Kleiner Saal, Gewerkschaftshaus,

Funktionär-Versammlung

Zur Funktionär-Versammlung haben Zutritt die Mitglieder des engeren und erweiterten Parteivorstandes, die Bezirksleiter, Kreisleiter, Schriftführer der Distrikte, Schriftführerinnen der Kreise, die Vertrauensleute in den Betrieben und Organisationen der freien sozialistischen Arbeiterbewegung, die Mitglieder der Parteikommission und Gewerkschaften, des Bildungsausschusses, die Referenten, die in Breslauer Parteiversammlungen regelmäßig mitwirken, sowie die in Breslau wohnhaften Abgeordneten für Gemeinden, Provinz, Staat und Reich. Ausweis gelbe Funktionärskarte und das Mitgliedsbuch.

Montag, den 1. Februar, 19.30 Uhr

Großer Saal, Gewerkschaftshaus,

Mitglieder-Generalversammlung

Zutritt haben alle Mitglieder der Partei gegen Vorzeigung des Parteimitgliedsbuches. Anträge, die in der Generalversammlung zur Beratung kommen sollen, müssen spätestens drei Tage vor Statistiken der Versammlung dem engeren Parteivorstand vorgelegt werden.

Wüste Journalsexzeffe

in einem Breslauer Wochenblatt

Wir haben uns in letzter Zeit mehrfach mit den diversen Breslauer „Standart- und Express“-Blättern beschäftigt, deren Existenzgründungen leider nur allzu selten ins richtige Licht gestellt werden können, weil die Terrorisierung des öffentlichen Lebens durch die Wochenpresse in Breslau oftmals die Bedeutung der mehr oder minder deutlichen Erpressungen übersteigt.

Mit den bestellten Andeutungs- und Standartartikeln kann jedoch so ein Wochenblatt nicht ausschließlich fassen. Der Leser will auch etwas Unterhaltung haben, etwas Anregendes und es entspricht dem vorwiegend spießbürgerlichen Lesepublikum der Wochenpresse, daß diese Unterhaltung vorwiegend in dem Gesichtspunkt des Abreagierens verdrängter Erotik zusammengefaßt bzw. zusammengefaßt wird. So hielt es einmal auch der zeitweilige Chefredakteur der „Freien Meinung“ und angebliche Rundfunkjournalist U., der nach seiner Aussage derzeit nichts, auch gar nichts mehr mit diesem Blatt zu tun haben will, für besonders zugkräftig, wenn er unter dem knalligen aufgemachten Überschrift „Wüste Sexualsexzeffe am Hamburger Bahnhof“ allerhand Details aus irgend einer Quelle ausströmte oder sich in einem anderen Artikel über das Schicksal für interessierte Tratschweiber höchst bedeutsame Thema Breslauer Prominente im „Nachtclub“ ausließ, wie wohl die

nach seiner Ansicht anscheinend unvermeidliche Erregung der Nachtclubmitglieder abregiert werden könnte.

Natürlich wurde das alles in der erforderlichen gepfefferten Form serviert, damit die Anlage von 20 Pfennig für diese Zeitschrift einem gewissen Publikum gerechtfertigt erschien. Obwohl man sonst bei der Staatsanwaltschaft der Breslauer Wochenpresse nicht immer die münchenswerte Aufmerksamkeit entgegenfindet, wurde diesmal doch zugegriffen und Herr U. wegen Vergehen gegen § 184 des Strafgesetzbuches, der das Verkaufen und Verbreiten von unzüchtigen Schriften verbietet, vor Gericht gestellt. Selbstverständlich verteidigte sich der Angeklagte — auch das gehört zum ehrsüchtigen Bestand der Wochenpresse — damit, daß er ja nur „Mißstände abstellen“ wollte. Nach seinem Urteil hätten sich (woher die Kenntnis?) die fraglichen Sexualsexzeffe dort nicht mehr ereignet. Er sei auch beileibe „kein berufsmäßiger Pornograph“, als den ihn der Staatsanwalt hinstelle, sondern drücke sich eben nur „etwas derb und dristlich“ aus; im übrigen sei er — eine famose Entschuldigung für einen „leidenden“ Redakteur — „in dieser Sparte der Journalistik nicht sehr bewandert“.

Das Gericht aber befand Herrn U. gar nicht so unbewandert und verurteilte ihn zu einem Monat Gefängnis für die „Sexualsexzeffe“ und 100 Mark Geldstrafe für die „Prominente im Nachtclub“. Da der Angeklagte angeblich nicht mehr an der „Freien Meinung“ tätig ist, wird man sich in der Leitung dieses Blattes wohl nicht allzu viel Kummer über dieses Urteil machen.

Wenn die Reichswehr trompetet

hat es schon seine Bedeutung

Heute Abend veranstaltet wieder einmal die Reichswehr ein sogenanntes Wohltätigkeitskonzert. Das wäre an und für sich kein Ereignis, das einer besonderen Kritik zu unterzogen werden brauchte. Warum soll nicht einmal für einen friedlicheren harmloseren Zweck als bloß immer zur Kriegerei gebahnt werden. Aber wenn die Reichswehr solche besondere Sachen veranstaltet, ist man schon gewohnt, auf den Kalender zu schauen. Und siehe da — heute ist ja der 27. Januar und da feiert Deutschlands höchster Defektor allerdings bei Herminen im Holzerdöhl in Döhrn wieder einmal Geburtstag. Und in Deutschland wird hier und da ebenfalls noch gern ein bißchen gefeiert, und wo Rußen, vaterländische Frauenvereine in schmäliger Rührung machen, warum sollte da die Reichswehr nicht mit Bum bum mitmachen. Darum also heute „Wohltätigkeitskonzert“ mit Zapfenstreich und Kaisergeburtstagskonzert.

Ein netter Zufall? Nun, es ist gar nicht einmal solange her, da hat eben diese Breslauer Reichswehr ausgerechnet zum Stahlschmied zwei große Wohltätigkeitskonzerte draußen im Stadion angelegt. Es ist uns also schon klar, wem mit solchen Wohltätigkeitskonzerten wohlgetan werden soll. In diese Reihe merkwürdiger Zufälle gehört es auch, wenn ausgerechnet zu Wahlzeiten die Reichswehr alle Morgen zu Hock ausgerechnet durch Breslau belebte Hauptstraßen zieht.

Arbeiterportier!

Auch ihr gehört in die Eiserne Front!

Das ist die Höhe!

Strassenbahnkassierer wirbt während der Dienstzeit für die Nazis

Am Sonnabend Mittag benutzte ich einen Strassenbahnzug der Linie 5 in Richtung Mauritiusplatz. Ich hatte einen Platz in dem Motorwagen Nr. 1135 gewählt. In der Ecke Feld- und Klosterstraße grüßte der Strassenbahnkassierer den dort stehenden Nazizeitungshändler laut und vernünftig mit „Heil Hitler“. Auf dem Strassenbahnsteig zwischen Feldstraße und Mauritiusplatz verhaute der Kassierer — Fahrkarte? O nein, aber er veräußerte zwei Postbeamten Ansichtskarten auf denen man einen Nazi in voller Kriegsbemalung bewundern konnte und die mit der Unterschrift: „Der zu uns“ versehen waren. Die Postbeamten zahlten für das Stück dieser Karten 15 Pf.

Die Ungeniertheit, mit der der Kassierer diesen hingebungsvollen Dienst für das dritte Reich vor aller Augen verließ, war geradezu verblüffend. Um 12.37 verließ ich am Mauritiusplatz den Strassenbahnwagen. Dieser famose Kassierer muß also jetzt zuhause sein.

Soweit die Zuschrift. Es wird wohl auch bei der Strassenbahnverwaltung keine Meinungsverschiedenheit darüber bestehen, daß dieser Kassierer sehr am Platze ist. Und wir halten es für ganz selbstverständlich, daß die Strassenbahnverwaltung in diesem Falle rückwärtslos durchgreift, denn dristlicher ist die Unverschämtheit der Nazitragation in einem städtischen Unternehmen, während der Dienstzeit und noch dazu vor aller Öffentlichkeit wohl nicht mehr zu beweisen.

Weil er die richtige Linie nicht mehr sah

Flug der kommunistische Stadtverordnete aus der Partei

Wir haben seinerzeit auf den recht merkwürdigen Umstand hingewiesen, daß der kommunistische Stadtverordnete Reimann trotz einem mit seinem Stempel versehenen Schreiben erklärte, daß er sehr Mandat in der Stadtverordnetenversammlung nicht niedergelegt habe. Durch eine kurze Notiz in der gestrigen „Arbeiterzeitung“, die eine Entschließung der kommunistischen Betriebszelle der Breslauer Strassenbahn bringt, wird mitgeteilt, daß man sich mit dem Ausschluß des Genossen Reimann aus der Partei einverstanden erklärt. Auch der Grund wird angegeben. Reimann wurde nach dieser Entschließung „auf Grund seiner schwankenden Einstellung zur Linie der Partei und seiner grundsätzlichen falschen Einstellung zur K.G.D.-Politik und seinem Bündnis mit den offenen Feinden der Partei zur Niederlegung seiner Funktionen einschließlich seines Stadtverordnetenmandates aufgefordert“. Als er dieser Aufforderung nicht nachkam, wurde er kurzerhand aus der Partei ausgeschlossen.

Nun wer diese Schreimachine aus dem Breslauer Stadtverordnetenparlament kannte, wunderte sich hier wirklich, welche Linie er übertraten hat. Wenn schon diesem wilden Mann, der sich nicht genug mit Schmähungen gegen die SPD. wenden konnte, nachgelagt wird, daß er mit den offenen Feinden der SPD. verbündet war, was muß man da erst tun, um auf der augenblicklichen Linie der Partei zu bleiben. Und solche Leute glauben sich berufen, einzig und allein die Einheit des Proletariats zu schaffen.

Nach dem „Preis“abbau im Stadtparlament schwankte der Reimann. Wer kommt nun daran? Für eine Hiermannstraktion ist das wirklich ein bißchen viel.

Die Zeit stellt Fragen Die Zeit gibt Antwort

SIND 5½ für eine Zigarette noch heute jedem Raucher erschwinglich?

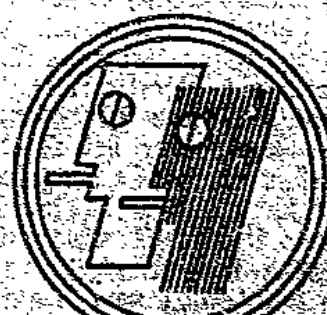
Die qualitätsvolle 5½ Zigarette erster Marken-fabrikation befriedigt selbst den verwöhntesten Raucher, aber 5½ für eine Zigarette kann heute nicht jeder ausgeben.

SCHMECKT Ihnen die 3⅓ Zigarette?

3⅓ sind nicht viel, aber eine 3⅓ Zigarette kann nicht alle Qualitätsansprüche erfüllen.

Hier ist ein Problem zu lösen, das Alle angeht, Dich und Mich.

Seit Monaten bemühen sich unsere Fachleute, auf wissenschaftlich exakter Grundlage diese Frage zu klären. Schon heute können wir Ihnen mitteilen, dass wir bereits eine Lösung gefunden haben, die Alle Raucherkreise befriedigen wird.



Haus Bergmann
Zigarettenfabrik A.G. Dresden

Lesen Sie demnächst in dieser Stelle aufmerksam Ihre Zeitung

Eintritt 0.50 u. 1.00 RM für reservierte Plätze. Vorverkauf Volkswacht-Buchhandlung u. Barasch. Erwerbsl., Rentner u. Mitglieder d. Organisationen 0.25 nur bei der Organisation

Am 18. Halbjahr Hochleistungen der Dreier. In der ersten Runde
bei 1.15 und 1.17 Uhr, über den Rest - 1.15.

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Gewerkschafter, hinein in die Eiserne Front!

Der Zeitpunkt ist gekommen, den Feinden der Arbeitnehmerschaft zu trotzen.

Sange genug duldet das deutsche Volk verbrecherisches Spiel von politischen Gaullern und wirtschaftlichen Randalstößen. Durch ihr phrasenhafte Tun und Treiben verschärfen sich die Krisenwirkungen für die arbeitenden Massen.

Die ganze Welt wird mit Paß und Wigranten erfüllt.

Die Gewalt im Innern wie nach Außen soll die Lösung bringen. Machthünkel, Propaganda und unheilbare Verblendung sind ihre hervorstechendsten Eigenschaften und ihr Wert scheint zu sein, jede Friedenssicherung zu torpedieren.

Grenzenloses Giech haben sie verführt, indem sie die Befriedigung der Götter suchten.

Noch schlimmeres Elend müßte die Folge sein, wenn diese Wahnsinnigen ausschlaggebende Macht erlangten.

Dem Spul gilt es ein Ende zu bereiten

Der Gefolgshaft irrlicherer Führer gilt es entgegenzustellen die Front der Arbeitnehmer, die im Kriege die meisten Opfer brachten. Die nicht vergessen haben, womit sie und ihre Familien damals ihr Leben fristen mußten. Die auch heute noch mit den Kriegslasten bepackt werden und die wissen, daß selbst der Feind im Kriegsgelände nicht so viele und große Unmenschlichkeiten begangen hat, wie sie die Nordhuten der Reaktion nach den bekann gewordenen Plänen beabsichtigen.

Der Wunsch vieler Gefährdeten dient die

Rundgebung der Eisernen Front

am Sonntag, dem 31. Januar 1932, um 10 Uhr vormittags, im Siefus-Busch und Konzerthaus

Gewerkschafter aller Art, hinein in die Eiserne Front!

Ordnungshilfe Dresden

des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Allgemeinen freien Angestelltenbundes

und Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Schwacharbeit

Mit der Frage der Schwarzarbeit beschäftigte sich dieser Tage der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates. Veranlassung dazu war ein Antrag einer Landesregierung auf Nachprüfung der Bestimmungen über die Schwarzarbeit. Der Ausschuß wird zunächst einige Sachverständige aus dem Kreise der Gewerkschaften, der Arbeitgeber-Verbände und der Behörden hören.

Was ist Schwarzarbeit? Sie ist Beschäftigung von Arbeitern, für die kein Ziel-Einkaufspreis bezahlt werden; aber sie besteht in der Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses in den Arbeitsstunden nach Wobolnierung einer normalen Arbeitszeit, in einem anderen Betrieb. In all diesen Fällen wird untertarißlich bezahlt. Unter den Begriff Schwarzarbeit fallen auch die Fälle, in denen systematisch unter Ausnutzung des Tarifvertrages gearbeitet wird.

2500-2600-Methoden der Lohn- zahlung in der Breslauer Konfektion

Eine der vornehmsten Pflichten aus dem bürgerlichen Vertragsrecht ist die Vertragstreue, oder wie in § 145 BGB. gesagt ist: „Wer einem anderen die Schließung eines Vertrages anträgt, ist an den Antrag gebunden, es sei denn, daß er die Gebundenheit ausgeschlossen hat.“ Bei der Erfüllung der Vertragspflicht ist in § 157 BGB. gesagt, daß Verträge so ausulegen sind, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte es erfordert. Diese für das allgemeine Vertragsrecht geltenden Grundsätze gelten auch im kollektiven Vertragsrecht, also bei der Anwendung und Auslegung der Tarifverträge. In beiden Formen des Vertragsrechts — individuell und kollektiv — tritt dasselbe Gebot der Einhaltung der gegenseitig abgeschlossenen Verträge sowohl als Imperativen der Kultur.

Wer Verträge abschließt mit der Absicht, sie nicht zu halten, ist nicht besser als der Betrüger. Und wer Verträge abschließt und versucht, sie zu umgehen, ist nicht viel besser.

In den Rahmen dieser formal-regelmäßigen Betrachtungen passen die Entlohnungsverhältnisse in der Breslauer Kontextion nicht dem brutalen Recht des wirtschaftlich Stärkeren sehr man wohl über solche „Reinigkeiten“ wie Vertragstreue leicht hinweg. Mit der Unfähigkeit des Arbeitnehmers wird Schlichter getrieben, denn anders kann man es nicht bezeichnen, wenn unter völliger Außerachtlassung einer tariflichen Errechnung des Arbeitsproduktes einfach ein z-beliebiger Betrag je nach Name und Gunkt als Lohn gezahlt wird. Insbesondere, gleich den Methoden eines Taschenspieters, gibt man den Tariflerien andere oder Zufallsrechnungen, nur am den Tarifbruch zu verschleiern. Eine tarifliche Errechnung des Arbeitsproduktes zusammengefaßt aus Grund- und Nebenarbeiten ist in der Praxis nicht mehr möglich. Die durch die viele Kontextionung bedingte und durch den Schlichter festgesetzte Senkung der Tariflöhne um 13 Prozent wender man so an, daß man an dem untertariflichen Lohn nur noch 13 Prozent abnimmt. Diese Senkung kommt nur bei tariflich errechneten Löhnen in Frage. Jeder zahlt eben, was ihm gerade für gut dünkt. Zum Nachsehe, beruft man sich auf die Kontextion. Ja, in dieser Methode herrscht wirklich gegenseitige Kontextion, wobei einige in ihrer Stellungsgelt einig Kontextionales hab. Mit dem Manier des Spillbuben „Halbes des Dieb“ versucht man die Abkennung auf die „Lieber Kontextion“. In keinem Industrietrieb dürfte man solchen Mittel anzuwenden werden, wie hier.

Wie ist es möglich, daß alle die Betreffenden die Vertriebs- und Heimarbeitserlöse während der Lehndauer bei hienem lassen und dem Empfänger der eigentliche Organisation ist es da möglich nicht getan, das ist am unrichtigen Platz. Warum verliert man die Erlöse, die bei jeder Heimarbeitserlöse betragen, warum? Deshalb man den Erlös nicht einmal auf. Warum ist man dabei? „Weil“ den wirtschaftlich Erlösen nicht einmal bei der heimlichen Arbeit der wirtschaftlichen Erlösen entgegen? Die heimliche Lage einer Manufaktur trägt nicht schwerer als die Summe der unterrichtlichen Bezahlung und ein einzelner Arbeiter eine gewisse Anzahl von anderen unterrichtlichen Mitteln.

Oder man achte auf die — manchmal absichtlich verschleierte — Eintragungen in das Lohnbuch und Frage Zug um Zug den zu wenig gezahlten Lohn ein. An Stelle der Frauen und Mädels, die man zum Ab liefern ~~sich~~, geben einmal nur vier Wochen lang die Männer, die dadurch verärmte Arbeitssitz dürfte sich bejahrt machen. Tariflich zu zahlende Löhne kann die Organisation nicht auf dem Präsentierteller t's Haus bringen, sie kann nur Tarifverträge abschließen, die Tarifvorstellungen einschließen, aber zur Durchführung gehört eine organisierte, klassenbewusste Arbeitermacht, die sich nicht nur ~~leben~~ ~~ausbreiten~~ — lei er auch in Gestalt eines Konfektionsrads, ~~ausbreiten~~ läßt.

Nicht viel rosigger liegen die Verhältnisse in der Damenkonfektion, die mir einer späteren Betrachtung unterziehen.

W. D. Breslau.

Bierpreis- und Biersteuerfentung ist notwendig

Die vierte Notverordnung vom 8. Dezember 1931 stellt über eine Preisentzugung auf die Behebung der deutschen Wirtschaft ab. Die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiter haben dem Preiskommissar, Herrn Goerdeler, aufrichtigsterweise zugeklagt, ihn bei der Senkung der Warenpreise denkbar möglichst zu unterstützen. Anders wie durch eine frühbare Senkung der Preise all der Lebensmittel und Verbrauchsartikel, die die Massen mehr oder weniger täglich benötigen, sind die den Arbeitern durch die vierte Notverordnung diktierten Lohnabzüge überhaupt nicht tragbar. Wenn der Innenmarkt nicht wieder ganz gehoben werden zu werden, so fallen noch mehr Betriebe der völligen Stilllegung anheim, das Heer der Arbeitslosen wächst noch mehr. Die Arbeitszeit der Arbeiter erhöht weitere Einschränkungen. Durch die in den letzten Wochen gemachten Erfahrungen wird deutlich demonstriert, daß 10 bis 15 Prozent Lohnabzug im Arbeiterhaushalt sehr viel bedeuten. Ingegn wird bei der recht oft untergeordneten Rolle, die die Lohnquoten bei der Gehaltsentlohnung oder gar für die Verkaufspreise von Waren spielen, von Industrie und Handel bei der Festlegung ihrer Preise vom Gewinn durch Lohnsenkungen nicht besonders Notiz genommen.

Ein Produkt, dessen Preis für die letzten Verbräucher ein Mehrfaches über dem der Vorkriegszeit liegt, ist das Bier. Es verduft diese Preiserhöhung zum erheblichsten Teil der in der letzten Zeit erfolgten Ueberbesteuerung. Die von uns im Kampf gegen die am 1. Mai 1930 letztmalig vorgenommenen Erhöhung der Reichsbiersteuer um nahezu 50 Prozent — der die weitgehendsten Steuerbefreiungen für Einführung bzw. Erhöhung von Gemeindefuhrzeugen folgten — deutlich aufgezeigten und Befürchtungen für das Gewerbe, für die Reichsfinanzen und für die Arbeiter wurden weit übertriffen. Die von den vorgenannten Erhöhung der Biersteuer eingebrachten Mehreinnahmen fielen in der Folge ausgeblieben. Das Einnahmefeld wurde schon für den der Einführung folgende Geschäftsjahr herabgezogen. Es werden darum aber die von der Erhöhung aufgenommenen Steuererträge nicht einströmen erreicht werden. Während im Rechnungsjahr 1929/30 unter der Herrschaft der noch niedrigen Biersteuerlage 412 Millionen Mark erreicht wurden, brachte die Reichsbiersteuer bei fast 50prozentiger Erhöhung im Rechnungsjahr 1930/31 nur 473 Millionen Mark ein. In den ersten zwei Vierteljahren des Rechnungsjahres 1931/32 — es handelt sich um das Sommerhalbjahr — kamen 211 Millionen Mark Reichsbiersteuer ein gegen noch 236 Millionen Mark im Jahre vorher. In der die Steuererträge vom Jahre 1929/30 in der gleichen Zeitdauer im laufenden Rechnungsjahr nicht erreicht werden. Nach den Einnahmen an Reichsbiersteuer in den Monaten September, Oktober und November 1931 blieb diese gegenüber den gleichen Monaten im Vorjahr um 10,7, 13,8 und 15,2 Millionen Mark zurück. Ein noch mehreres Manko wird man bei Eintritten der Gewerbesteuer zu erwarten haben, die im Jahre 1931 550 Millionen Mark aufwiesen, sollte und nur 485 Millionen einkubelte.

Die Kanäle im Gewerbe, besonders gegenüber der Landwirtschaft, wurde infolge der Konsumsteigerungen geschlossen. Die 30 Gewerbesteuerbefreiten Erwerbs- und landwirtschaftlichen Betriebe von der Erde 1931 liegt noch auf dem Nullpunkt.

Der Meister, der seine Zeit nicht versteht!

Uns wird mitgeteilt:

Der Osenbaumeister Theodor Wendt von hier, Gräbiger Straße 87, hat einen Begehrling beschlagnahmt, den er jetzt bei der Arbeitslosigkeit gerne los werden möchte, um ihm nicht das Kohlengeld weiterzahlen zu müssen. Der Begehrling hat sich mit seiner Mutter dagegen zur Wehr gesetzt und ebenso wurde Herr B. in einem Schreiben durch die jugendliche Organisation des Unzulässigen und Unmoralischen dessen vor Augen gehalten. Herr B. hatte nebstdem bemerkt, schon einmal den Begehrling zur Rede gestellt, warum er der Freien Turnerschaft angehöre.

Auf das Schreiben der zuständigen Organisation schreibt Herr W. unter Zurlassendung des Briefes folgendes:

Wreslau, den 12. 1. 1932.

Gräßlener Straße 87.

Ihren Brief hat mein Schwiegersohn aus Versehen geöffnet und sende denselben ungeselien zurück, weil ich ahnte, daß Sie sich wieder in die Sache Heilmann — so heißt der Lehrling — mischen wollten. Ich verbiete Ihnen, an mich Briefe zu schreiben. Falls Sie sollten im Interesse Heilmanns schreiben, so wenden Sie sich gefälligst an die Innung oder die Handwerkskammer. Dies ist meine zuständige Behörde. Mit den Herren können Sie sich stundenlang unterhalten, wenn die Herren ihre Sprechstunden haben und Sie anhören wollen. Ich bin überzeugt, meine Innung und ich wissen selber, was wir zu tun haben und brauchen Ihre Aufseherarbeit nicht dazu.

arr. Th. Reuder.

Wir glauben, der Öffentlichkeit dieses Dokument nicht vor-
 einhalten zu sollen, bemerken ~~aber~~ ^{dazu} ~~haben~~ ^{hat} mir trotzdem
 Herrn B. bemerken werden, daß er mit den Arbeiterorganisationen
 zu rechnen hat.

Das ist doch lächerlich

Voraussetzliche Sentung der Schlafwagenprelle bei der Reichsbahn — Und was wird mit den Personentarifen?

Die Verwaltung der Deutschen Reichsbahn verhandelt zurzeit mit der Mitteleuropäischen Reise-Gesellschaft wegen einer Verbilligung der Schlafwagenfahrten. Die Schlafwagenpreise sollen in der ersten und zweiten Klasse um etwa 20 bis 22 Prozent und in der dritten Klasse um 15 Prozent gekürzt werden.

Diese Preisförmung auf einem für den Massenverkehr nöthigen nebenstehenden Schienen, dem Schlafwagenverkehr, muß bei der rechtserhaltung der überverkauften Personentarifse fast wie ein Zug wirken. Es muß deshalb mit höchstem Nachdruck die Forderung erhoben werden, daß die Personentarifse der Reichsbahn den gegenwärtigen Verhältnissen anzupassen werden.

Ueber die Entwicklung der Beschäftigung in den verschiedenen Industriezweigen erzählt man jetzt genauere Angaben. Die stärkste Zunahme verzeichnet die Kohlenindustrie, wo zwischen dem 23. November und 21. Dezember 26 800 Leute eingestellt werden konnten. Im Handel wurden 12 800 eingestellt. In beiden Fällen ist die Zunahme Kohle für den Hausbrand und Reichthumsnachschuß) (ajonbebinget gewesen. In der Baumwollindustrie betrug die Zunahme 10 500. Dazu bemerkt die offizielle Veröffentlichung, daß die Aufrechterhaltung der verbesserten Beschäftigung fraglich sei. Auch in der Wolllindustrie kündigt sich ein Rückgang an.

